Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zł, mit Zustellgeld 4.80 zł. Bei Postbezug monatl. 4.89 zł, vierteljährlich 14.66 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zł. Danzig 3 G., Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr, Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung ꝛc.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die einspaltige Reklamezeile 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 148 — **Bromberg, Sonntag den 2. Juli 1933** — **57. Jahrg.**

Der politische Katholizismus

vor der Entscheidung.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Mit einem Male sieht sich der politische Katholizismus und vor allem auch das Zentrum, die bisher immer noch hofften, durch eine mechanische Gleichschaltung manches vom alten Bestand zu retten, im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die katholische Partei, die aus einer religiösen Parole entstanden ist und infolgedessen stets über dem Wettbewerb der übrigen Partein stand, ist jetzt die einzige noch übrige Partei. Sie ist damit vor eine Entscheidung gestellt, die nicht klarer sein kann. Unter dem Drucke dieser Tatsache haben die ersten Abbröckelungen (z. B. im Berliner Stadtparlament) eingesetzt, die obersten Parteiinstanzen tagen, die Arbeiten Brünings, des Parteivorsitzenden, zur Reorganisation der Partei sind gestoppt. Aber nicht um das Zentrum allein handelt es sich. Weit wichtiger sind die übrigen großen Organisationen des politischen Katholizismus, in denen wertvolle Kräfte Gestalt erlangt haben, die, wie kaum andere Organisationen, konservativ gebunden sind.

Über den Weg, der künftig einzuschlagen ist, über die Entschlüsse, die zu fassen sind, gehen einstweilen die Meinungen noch auseinander. Die einen halten es für das Beste, dem Beispiel Hugenbergs zu folgen, Selbstauflösung zu beschließen und ein Freundschaftsabkommen mit Hitler zu finden. Die anderen wollen anscheinend ein solches Vorgehen an die Bedingung knüpfen, daß vorher das Verhältnis des neuen Staates zur katholischen Kirche durch den Abschluß eines Reichskonkordates geklärt werde. Wenn man die Lage nüchtern betrachtet und die Anzeichen der Auflösung nicht übersieht, so wird man zu dem Schluß kommen, daß die Möglichkeit, Bedingungen zu stellen, kaum mehr gegeben ist. Wie heikel es aber ist, auf diesem Gebiet sich mit Radikalkuren zu behelfen, das hat der Kulturkampf unter Bismarck gezeigt. Nichts wäre gefährlicher als ein offener Zusammenstoß, die Folgen müßten unabsehbar sein. Es wäre im Interesse der Nation sehr zu wünschen, daß der schiedlich-friedliche Weg rechtzeitig gegangen wird.

Mit einer inhaltslosen Gleichschaltung wäre es nicht getan. Sie wäre nichts als eine jener gefährlichen Tarnungen, gegen die sich alle Führer der Nationalsozialisten gewandt haben. Der Opportunismus des politischen Katholizismus, der sprichwörtlich geworden war, müßte jedes Vertrauen in eine solche mechanische Lösung sehr bald wieder erschüttern; davon ist einstweilen nichts abzuhandeln. Doch ist das nicht ein Vorwurf, der den Katholizismus allein trifft. Das Übel sitzt in der Entwicklung Deutschlands seit der Reformation. Das Zentrum operierte lediglich nach der Linie des schwächsten Widerstandes. Der politische Katholizismus, ein sehr reiches, unterschiedliches, vielgestaltiges Gebilde entstand aus der Abgrenzung gegen das protestantische Kaiserreich und aus dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Seine Eigenart und Stärke ist die religiöse Sammlungsparole, die vor allem das Zentrum über die Konkurrenz der übrigen Parteien hinweg in eine Stellung hob, welche den perspektivischen Irrtum erklärlich macht, als sei es mit dem Staate gleichzusetzen. Das Zentrum hatte nur als Gegenspieler gegen einen politisch verfaßten Protestantismus einen lebendigen Sinn; als Partei, die Arm in Arm mit der Sozialdemokratie (oder auch ein wenig gegen sie) Einfluß und Macht in einem nur vom Heer notdürftig getragenen Bureaukratiestaate sicherte, mußte es einmal scheitern, sobald der Kampf zwischen rechts und links ausgefochten war. Es verlor in der Epoche, die es für seine Glanzzeit hielt, den letzten Rest von gutem Gewissen. Die oft berufene Tatsache, daß im Zentrum alle Stände vorbildlich zusammengebunden seien, eignet sich ausgezeichnet für literarische Betrachtungen, kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß der politische Katholizismus auch „an der Macht" seine Distanz zum Staate behielt, ihn als „Obrigkeit" und sich selber als für den Staatsinhalt unverpflichtete „Verfassungspartei" betrachtete. Infolgedessen konnte das Zentrum von sich aus auch kein Staatsbild entwerfen; es konnte nur an einem bereits gegebenen Staate teilnehmen. Unter den gegenwärtigen Umständen wäre es nicht mehr als ein Vorbehalt gegen jeden deutschen Staat.

Mit dieser Tendenz, die sein Wesen ausmacht, steht es jetzt einem Staat gegenüber, welcher das Prinzip der Ausschließlichkeit, der Totalität auf seinen Feldzeichen trägt. Die Spannung, die sich daraus ergeben muß, fällt ohne weiteres in die Augen. Sie hob an nach dem ersten großen Wahlerfolg der Nationalsozialisten im Jahre 1930, als die Kanzlei des Bischofs von Mainz öffentlich einige Thesen des nationalsozialistischen Programms ablehnte. Andere Diözesen folgten ihr und es erschien am deutschen Horizont die Gefahr eines alles verheerenden Kulturkampfes. Man würde allgemein die Leistung Adolf Hitlers besser einschätzen, wenn man sich einmal die Klippen vor Augen stellte, die es hier zu umschiffen galt. Immerhin war die Spannung, als die gegenwärtige Regierung antrat, noch so groß, daß der Reichskanzler Adolf Hitler in seiner Regierungserklärung besonderen Nachdruck auf das künftige gute Verhältnis des neuen Staates zum Vatikan legte. Das Verdikt gegen die programmatischen Thesen zurückzuziehen, war unmöglich, wohl aber wurde von kirchlicher Seite auf die versöhnlichen Momente in der politischen Praxis der Hitler-Regierung hingewiesen. Kein Friedensschluß also, sondern ein Waffenstillstand. Das Uniformverbot für Kirchenbesuch und Begräbnisbeteiligung wurde zurückgezogen. Das war aber auch alles. Der Rat der deutschen Bischöfe zu Fulda hat jüngst eigentlich nicht mehr getan, als Brief und Siegel unter diesen Waffenstillstand zu setzen. Die Spannung ist geblieben.

Die Hoffnung auf ihre endgültige Überwindung schien lange Zeit in der Person des Vizekanzlers von Papen zu liegen. Aber die Schwergewichte dieser geschichtlichen Auseinandersetzung, vor der wir jetzt stehen, sind viel zu gewaltig, als daß sie ein Mann allein bewegen könnte. Nach den Satzungen des von Papen gegründeten Bundes „Kreuz und Adler" ist an die Wiedergeburt eines politischen Katholizismus in dieser Form auch gar nicht gedacht. Es bleibt also höchstens Papens Vermittlertätigkeit beim Vatikan, wo er eben jetzt sich um die Förderung der Konkordats-Besprechungen bemüht. Weder Papens noch Quadts Anwesenheit beim Katholischen Gesellentag in München konnten aber das tumultuarische Ende verhindern.

Solange politische Gebilde in Deutschland bestehen, die ihre Parole nicht von diesem Staate beziehen, muß heimlicher Kriegszustand herrschen. Man mag das bedauerlich finden, es ist aber so, wie aus der klaren Sprache der jüngsten Entwicklung hervorgeht. Gibt der Staat der Kirche, was der Kirche ist, so sind die politischen Formationen zu ihrem Schutze überflüssig. Das Schicksal der süddeutschen Regierungen ,deren Stellungen hauptsächlich von der aktivistischen Jugend gestürmt wurden, war die erste deutliche Warnung. Auch die christlichen Gewerkschaften, in ihrer Schlüsselstellung seit Jahren außerordentlich überschätzt, sind einen ähnlichen Weg gegangen. Gerade ihr Beispiel beweist, daß alle großen verdienstvollen Einrichtungen, welche der politische Katholizismus im Kampfe gegen Marxismus und Verstädterung geschaffen hat, eines fruchtbaren Einbaues in das neue Staatsgefüge sicher sein können, wenn sie sich ihres alten politischen Ehrgeizes entkleiden. Hitlers Staat müßte Stückwerk bleiben, wenn das nicht erreicht wird. Recht verstanden, kann auch die Kirche nur gewinnen, wenn sie rechtzeitig die dargebotene Hand Hitlers ergreift. 1918 stürzte mit dem Kaisertum der politische Protestantismus; sein Gegenstück, der politische Katholizismus überlebte ihn, nicht eben zum Heile der katholischen Religion, um mehr als ein Jahrzehnt. Es ist an der Zeit, mit der Jugend, die ihn bekämpft, Frieden zu schließen, um sie der Kirche zu retten.

Unterzeichnung des Vier-Mächte-Paktes

vertagt.

Paris, 30. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Rom teilt der Korrespondent des „Matin" seinem Blatte neue Einzelheiten über die gegenwärtige Phase des Vier-Mächte-Paktes mit. Der Korrespondent stellt fest, daß die Schwierigkeiten, die jetzt entstanden sind, und das Thema eines Meinungsaustausches bilden, nicht die Folge einer Ablehnung der Ratifizierung der römischen Verständigung durch das Reich seien. **Doch liege die Notwendigkeit vor, eine vor einigen Tagen nach der Paraphierung des Paktes abgesandte Note der Wilhelmstraße aufzuklären, die Revisionsvorbehalte gegen das französische Memorial enthalte.**

Deutschland soll in seiner Note Einwendungen gegen die französische Auslegung gemacht haben. Diesen deutschen Vorbehalten ist kein diplomatischer Schritt vorausgegangen, und es wird, wie der Korrespondent des „Matin" meint, Mussolini wahrscheinlich gelingen, Hitler von der vollkommenen Billigkeit des französischen Standpunktes zu überzeugen.

Nach den Informationen des „Matin", die von anderen Morgenblättern aus Rom registriert werden, wird die Unterzeichnung des Vier-Mächte-Paktes im Zusammenhang mit den von Berlin erhobenen Einwänden vertagt werden.

Ein Landesführer verläßt den Heimatschutz.

Der **Landesführer des Salzburger Heimatschutzes**, der frühere Justizminister Dr. Hueber, erläßt an seine Heimatschutzkameraden einen Aufruf, in dem er seinen **Austritt aus dem Verband des österreichischen Heimatschutzes** mitteilt . Er erklärt weiter u. a.: Ich gehörte der Heimwehr seit ihrer Gründung als guter Deutscher und Österreicher an in der Überzeugung, daß durch diese Wehrbewegung unserem Vaterlande ein Instrument zur Bekämpfung des Marxismus und zur Erhaltung des Deutschtums, seiner Religion und Kultur geschaffen werden soll.

Bis in die jüngste Zeit war eine selbstverständliche Grundlage unserer Bewegung, **die engste Verbindung mit dem deutschen Gesamtvolk.**

Die von der Regierung Dollfuß und von derzeitigen Heimatschutzführern unterstützte Politik muß aber nicht nur zu einer **dauernden Entfremdung zwischen Deutschland und Österreich führen, sondern bedroht den deutschen Charakter unseres Volkes.** Eine solche Politik kann ich für meine Person nicht mehr mitmachen, besonders dann nicht, wenn die Stützung und Finanzierung dieser Politik (Lausanne-Anleihe) durch das nichtdeutsche Ausland erfolgt. Der bisherige Abwehrkampf der Regierung gegen gewiß zu verurteilende politische Delikte entwickelt sich immer mehr zu einem **Vernichtungskampf der christlich-sozialen Partei und volksfremder Elemente gegen den völkischen Gedanken in Österreich.** Dieser Kampf muß innerpolitisch Österreich dem Marxismus in die Arme treiben, außenpolitisch aber Kombinationen fördern, die jeder Österreicher nur ablehnen kann.

Rudolf Heß

fordert zur Schlichtheit und Einfachheit auf.

Der Stellvertreter des Führers, **Rudolf Heß**, veröffentlicht im „Völkischen Beobachter" folgenden Aufruf:

„Mit eiserner Energie geht der Führer der Verwirklichung des gewaltigen Planes der Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu Leibe. Die Arbeitslosenzahl fällt von Monat zu Monat. Bereits ist sie um über eine Million geringer als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Nichtsdestoweniger kann der Wiederaufbau einer durch 15 Jahre fanatisch zerstörten Wirtschaft nur langsam erfolgen. In seinem Aufruf bei Regierungsantritt forderte der Führer vier Jahre Zeit. Demgemäß ist die Not im Volke heute noch groß. Alle Parteigenossen und Parteigenossinnen haben dieser Not durch Schlichtheit und Einfachheit auf allen Gebieten Rechnung zu tragen. Den Amtswaltern und Führern der Bewegung wird sie zur Pflicht gemacht, ihnen wird insbesondere die Teilnahme an sogenannten „Festessen" usw. untersagt. Sie haben sich auch hierin den Führer zum Vorbild zu nehmen, der grundsätzlich die Abhaltung von Festessen zu seinen Ehren sich verbeten hat und dessen Schlichtheit unverändert bleibt. Nationalsozialisten, beweist, daß der revolutionäre Geist in euch durch den Sieg der nationalsozialistischen Revolution nicht erlahmt, zeigt, daß ihr nichts gemein habt mit den gesellschaftlichen Auswüchsen einer vergangenen Zeit. Zeigt, daß mit dem Nationalsozialismus ein neuer Stil in Deutschland seinen Einzug hielt, zeigt, daß Nationalsozialismus Einfachheit und Sparsamkeit, Disziplin und Selbstdisziplin gemeinsam sind und damit Rücksichtnahme auf die notleidenden Volksgenossen bedeutet. Habt in all eurem Handeln die Kämpfer vor Augen, die für den Sieg hungerten und darbten, hinter Gefängnis- und Zuchthausmauern litten, erweist euch ihrer würdig. Es lebe unsere siegreiche nationalsozialistische Revolution."

*

Rudolf Heß nimmt an Kabinettssitzungen teil.

Die Reichspressestelle der NSDAP teilt mit:

Durch Kabinettsbeschluß wurde bestimmt, daß der Stellvertreter des Führers der NSDAP, Rudolf Heß, künftig an den Kabinettssitzungen und Ministerraten der Reichsregierung teilnimmt.

Die neuen Männer.

Reichswirtschaftsminister Dr. Kurt Schmitt.

Kurt Schmitt wurde am 7. Oktober 1886 in Heidelberg geboren. Er studierte Jurisprudenz und promovierte zum Dr. juris. Er wandte sich dem Versicherungsfach zu und brachte es schon in jungen Jahren zum Generaldirektor der Allianz. Als diese Gesellschaft mit dem Stuttgarter Verein unter der Firma Allianz und Stuttgarter Verein, Versicherungs-A.-G., fusionierte, wurde er der Generaldirektor dieser Gesellschaft. Er ist Mitglied der Industrie- und Handelskammer Berlin und war bis 1928 Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrates. Er wurde auch als Aufsichtsrat in beinahe alle führenden Versicherungsfirmen Deutschlands berufen. Seit längerer Zeit gehört Dr. Schmitt zu den wenigen Wirtschaftsführern, die sich zum Nationalsozialismus bekannten.

*

Reichsernährungsminister Walter Darré.

Richard Walter Darré wurde am 14. Juli 1895 in Belgrano in Argentinien geboren. Er entstammt einer französischen Emigrantenfamilie, die seit 250 Jahren in Deutschland ansässig ist. Walter Darré studierte Landwirtschaft und war in Oberbayern, Hessen und Oldenburg praktisch als Landwirt tätig. In den Jahren 1928 bis 1929 war er der Deutschen Gesandtschaft in Riga zur Wahrung ostpreußischer landwirtschaftlicher Belange zugeteilt und wurde dann Hauptschriftleiter der „Nationalsozialistischen Landpost" und Herausgeber der Monatsschrift „Deutsche Agrarpolitik". Im März 1933 wurde Darré von der großen Mehrheit der Bauernschaft aller Landesteile Deutschlands als Führer der neuen Bauernfront verlangt und dann auch Anfang April 1933 von der Reichsführergemeinschaft des deutschen Bauernstandes einstimmig zu ihrem Leiter ausgerufen. Der Gesamtausschuß des Reichsverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften wählte Darré ebenfalls einstimmig zum Prä-

fidenten. Schließlich übertrug auch der Deutsche Landwirtschaftsrat im Mai Darré die Präsidentschaft. Auch im Deutschen Landhandelsbund hat Darré das Präsidium inne.

*

Hindenburgs Dank an Hugenberg.

Der Reichspräsident hat an den aus seinem Amte scheidenden Reichsminister Dr. Hugenberg nachstehendes Handschreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichsminister!

Mit Bedauern habe ich von Ihrem Entschluß, aus Ihren Ämtern als Reichswirtschaftsminister und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft auszuscheiden, Kenntnis genommen. In Würdigung Ihrer mir vorgetragenen Gründe habe ich mit dem anliegenden Erlaß entsprochen. In langjähriger, vaterländischer Arbeit haben Sie den nationalen Gedanken in Deutschland verbreitet und gestärkt und sich damit um die nationale Erhebung große Verdienste erworben; in Ihrer leider nur kurzen Tätigkeit als Mitglied der Reichsregierung und Leiter der großen wirtschaftlichen Ministerien haben Sie der deutschen Wirtschaft, namentlich der besonders notleidenden Landwirtschaft, wertvolle Dienste geleistet. Für all dies spreche ich Ihnen eigenen Namens wie auch namens des Reichs aufrichtige Anerkennung und herzlichsten Dank aus. Meine besten Wünsche für Ihr persönliches Wohlergehen wie für Ihr künftiges Wirken begleiten Sie auf Ihrem weiteren Lebensweg. Mit freundlichen Grüßen gez. von Hindenburg.

*

Darré und Schmitt wurden auch preußische Minister!

Die neu ernannten Reichsminister wurden durch den preußischen Ministerpräsidenten Göring auch zu Leitern der entsprechenden preußischen Ministerien ernannt, und zwar Reichsernährungsminister Darré zum preußischen Minister für Landwirtschaft, Forsten und Domänen und der Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt zum preußischen Minister für Wirtschaft und Arbeit.

Der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, von Rohr, mit dessen Rücktritt gleichfalls gerechnet wurde, ist in seinem Amt bestätigt worden.

*

Vizekanzler von Papen in Rom.

Römischen Pressemeldungen zufolge unterhielt sich Vizekanzler von Papen mit dem Kardinal-Staatssekretär Pacelli über die Auflösung der Zentrumspartei, sowie über den Abschluß eines Konkordats zwischen dem Vatikan und der Reichsregierung. Papen soll dabei offiziell von der Auflösung der Zentrumspartei Mitteilung gemacht haben.

Einer alten Tradition entsprechend begab sich der Papst am Donnerstag in die Basilika des Heiligen Paulus, wo er eine feierliche Pontifikal-Messe abhielt. Anwesend waren hierbei die Kardinäle, Vertreter der höheren Geistlichkeit, Repräsentanten der Italienischen Regierung, der in Rom weilende Vizekanzler des Reichs, von Papen, Mitglieder des Diplomatischen Korps und andere prominente Persönlichkeiten.

Hindenburg zum Kirchenstreit im Reich.

Reichspräsident und Reichskanzler für Kirchenfrieden.

Berlin, 1. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Reichspräsident von Hindenburg hat an den Reichskanzler Adolf Hitler in der Frage der Mißverständnisse in der evangelischen Kirche ein Schreiben folgenden Inhalts gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Die Reibungen in der evangelischen Kirche und die Gegensätze, die zwischen der Preußischen Regierung und der Leitung der preußischen evangelischen Landeskirchen entstanden sind, erfüllen mich als evangelischen Christen wie auch als Staatsoberhaupt mit einer ernsten Sorge. Zahlreiche an mich gerichtete Telegramme und Schreiben haben mir bestätigt, daß die deutschen evangelischen Christen von diesen Reibungen und von der Sorge um die innere Freiheit der Kirche aufs tiefste ergriffen sind. Die weitere Dauer oder Verschärfung dieses Zustandes muß dem Volke und dem Vaterlande die schwersten Schäden bringen.

„Vor Gott und meinem Gewissen fühle ich mich daher verpflichtet, alles zu tun, um diese Schäden abzuwenden. Aus meinem gestrigen Gespräch mit Ihnen über diese Fragen weiß ich, daß Sie, Herr Reichskanzler, für diese Sorgen volles Verständnis haben und auch Ihrerseits bereit sind, zur Beseitigung der Gegensätze beizutragen. Ich hoffe daher, daß es Ihrem politischen Geschick gelingen wird, durch Verhandlungen sowohl mit den Vertretern der beiden sich bekämpfenden Richtungen der Evangelischen Kirche, als auch mit den Vertretern der Preußischen Landeskirche und den Organen der Preußischen Regierung den Frieden in der evangelischen Kirche wiederherzustellen und auf dieser Grundlage die beabsichtigte Vereinigung der verschiedenen Kirchen herbeizuführen.

Mit freundschaftlichem Gruß verbleibe ich

Ihr ergebenster

von Hindenburg.

Frick als Vermittler.

Reichskanzler Adolf Hitler hat daraufhin den Reichsinnenminister Dr. Frick angewiesen, unverzüglich Verhandlungen im Sinne des obigen Schreibens des Reichspräsidenten einzuleiten.

*

Pfarrer Hossenfelder für Volksmission beurlaubt

Der Staatskommissar für die evangelische Kirche in Preußen hat im Einvernehmen mit dem Bevollmächtigten des Reichskanzlers, Wehrkreispfarrer Müller, dem kommissarischen geistlichen Vizepräsidenten des evangelischen Oberkirchenrates, Pfarrer Hossenfelder, auf seinen Antrag bis auf weiteres Urlaub gewährt mit der Anweisung, sich dem Bevollmächtigten des Reichskanzlers zur Durchführung der volksmissionarischen Aufgabe zur Verfügung zu stellen.

Staatskommissar Jäger hat, da durch die Beurlaubung Hossenfelders die Stelle eines geistlichen Vizepräsidenten im Oberkirchenrat unbesetzt ist, Herrn Wehrkreispfarrer Müller gebeten, ihn notfalls in geistlichen Angelegenheiten zu beraten.

*

Generalsuperintendent D. Gennrich amtsenthoben!

Der Staatskommissar für die evangelische Kirche in Ostpreußen, Rechtsanwalt Dr. Sand, hat den Generalsuperintendenten D. Gennrich-Königsberg mit sofortiger Wirkung seines Amtes enthoben.

*

Keine Aenderung der Liturgie.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt:

Im Anschluß an einen von Wehrkreispfarrer Müller am vergangenen Sonntag in Königsberg abgehaltenen Gottesdienst ist in der Öffentlichkeit die Befürchtung aufgetaucht, als wollten die Deutschen Christen durch irgendwelche formalen Abänderungen der Liturgie die deutsche Not in Volk und Kirche beheben. Im Augenblick geht es um einen organisatorischen Neubau. Die Gestaltung des Kultus ist weder die Aufgabe von Staatskommissaren, noch die von Kirchenkommissaren. Hier kann nur organisches Wachstum Gutes bringen. Die reformatorischen Grundlinien des evangelischen Gottesdienstes sind und bleiben dabei unerläßlich. Wenn gelegentlich kleine Veränderungen in der gewohnten Gottesdienstordnung vorgenommen werden, zum Beispiel ein Posaunenchor mitwirkt oder das Vaterunser in knapper Umschreibung außergewöhnlich verdeutlicht wird, so ist das eine Frage des Taktes und der Vollmacht.

*

Berichtigung.

Die christliche Tageszeitung „Aufwärts", der wir gestern eine Erklärung D. von Bodelschwinghs entnommen hatten, erscheint nicht — wie versehentlich falsch gesetzt wurde — in Basel, sondern in Bethel bei Bielefeld.

Methoden.

Schon vor einer Reihe von Tagen erhielten Mitglieder einiger Kreistage in Pommerellen ein amtliches Schreiben des Starosten, in dem unter Bezugnahme auf das „Fest des Meeres" von ihnen das Unterschreiben folgender Resolution gefordert wurde:

„Resolution des Kreistages in der Angelegenheit der unzertrennlichen Verbundenheit Pommerellens mit der Republik.

Der Kreistag beschließt in einer Zahl von .... Mitgliedern nach Anhören der Vorträge über die Bedeutung des Meeres für Polen folgendes:

1. Wir stellen fest, daß eine eigene Seeküste für Polen eine unentbehrliche Vorbedingung für das wirtschaftliche und politische Dasein des Staates ist,

2. **Wir warnen alle Völker der Welt (mit dem Hinweis), daß die deutsche revisionistische und Revanche-Aktion unweigerlich zu einem neuen Kriege führt, (Dieser Satz ist die Antwort auf die allen Völkern der Welt bekannten Friedensworte des deutschen Reichskanzlers gerade gegenüber dem polnischen Nachbarn! D. Red.)**

3. Wir appellieren an alle Völker, die den Frieden und die Gerechtigkeit lieben und ehrlich an dem Aufbau der Weltwirtschaft arbeiten, sie mögen einen entschiedenen Standpunkt hinsichtlich der Anerkennung der Rechte anderer Völker einnehmen, da dieses die realste Garantie des Weltfriedens ist,

4. Wir geloben, daß wir niemals und um keinen Preis ein Losreißen auch nur eines Fußes polnischer Erde von der Republik gestatten und auf jeden Versuch eines Anschlages auf die Unversehrtheit der Grenzen der Republik mit der Waffe in der Hand antworten werden. Pommerellen war, ist und bleibt polnisch.

. . . .

Unterschrift."

Nicht überall hat man sich damit begnügt, den deutschen Gemeinde- und Kreisvertretern lediglich eine solche Resolution zuzuschicken. An zahlreichen Stellen des Landes — Einzelfälle sind aus den Gemeinden des Bromberger, Hohensalzaer, Kolmarer und anderer Kreise bekannt geworden — wurden die Gemeindevertreter von dem Wójt zusammenberufen. Bei ihrem Erscheinen wurden Resolutionen eines ähnlichen Inhalts, z. T. in noch schärferer antideutscher Form vorgelegt. Die Gemeindevorsteher bemerkten dabei, daß das Nichtunterzeichnen dieser Resolution **sehr nachteilige Folgen** haben könnte. Im Hohensalzaer Kreise wurde in einigen Fällen von dem Gemeindevorsteher sogar ausdrücklich darauf hingewiesen, **daß es Zwang sei, diese Resolution zu unterschreiben.** Als ein deutscher Bauer seine Unterschrift **verweigern** wollte, wurde ihm gesagt, **dann würde ihm auch die Auflassungsgenehmigung für seinen Sohn verweigert werden.**

Selbstverständlich wurde bei dieser Gelegenheit auch wieder in Deutschenhetze gemacht. Ein besonders krasser Fall wird aus Kolmar berichtet. Der Vorsitzende des „Strzelec" von Podstolitz und Umgegend, führte in seiner Ortschaft einen Festzug zur „Feier des Meeres" und hielt die Festrede. Diese Rede schäumte nicht über vor Freude und Stolz über die Kraft des eigenen Volkstums, sondern vor Haß und Ausfällen gegen die Deutschen und zwar gegen die Deutschen polnischer Staatsangehörigkeit, über deren Friedlichkeit und **vorbildliche legale Haltung** sich wahrhaftig niemand beklagen kann! Dieser Mann for**derte, daß die Deutschen hinausgejagt und aufgespießt werden.** Er kündigte an, daß alle diejenigen, welche die Resolution nicht unterschrieben hätten, einen Denkzettel erhalten würden. **Tatsächlich haben dann auch dunkle Elemene in der Ortschaft heimlich bei Nacht und Nebel bei einigen deutschen Landwirten, die der Gemeindevertretung angehören und wegen der Verleumdung der Deutschen die Resolution nicht unterschrieben hatten, mit schweren Steinen die Fenster eingeworfen.** Die nächtlichen Helden haben dann nach ihren Heldentaten wieder schleunigst die Flucht ergriffen. Trotzdem sind sie erkannt und der Gendarmerie gemeldet worden.

Statt jedes eigenen Kommentars eine polnische Stimme:

Das konservative Wilnaer **„Słowo"**, das bekanntlich von Herrn Mackiewicz, einem Abgeordneten des **Regierungsklubs**, geleitet wird, erklärte in einem an leitender Stelle veröffentlichten Aufsatz, daß die Losung des Meeresfestes „Schutz dem gefährdeten Pommerellen" von dem Zustand eines „eingebildeten Kranken" zeuge. Die Liga für See- und Kolonialfragen, die dieses Fest veranstalte, habe keinen Grund, die Stellung Polens dadurch zu schwächen, daß sie den eigenen und fremden Leuten einrede, Polen befände sich am Vortage des deutschen Angriffes. **Nach Meinung des polnischen Blattes entspreche dies in keiner Weise den politischen Tatsachen.** Das Blatt erinnert hierbei an den Viermächtepakt und besonders an die Friedenserklärungen des Reichskanzlers Hitler. „Mit ihren Alarmen und Klagen über Gefahren stellt uns diese Liga auf eine gleiche Stufe mit den aktuell bedrohten Staaten und leistet dem Vaterlande so den schlechtesten Dienst." Das Blatt sieht sich veranlaßt, die beabsichtigte Kundgebung nur als Überbleibsel der Unfreiheit einer Zeit zu brandmarken, in der man durch dauernde Klagen, Weinen und Schreckensschreie die eigene Existenz beweisen wollte. Das Blatt schließt mit der entschiedenen Feststellung, daß das Seefest in politischer Hinsicht sehr schädlich und in sozialerzieherischer **Hinsicht im höchsten Maße unpädagogisch sei.**

So schreibt ein polnischer Abgeordneter aus dem Regierungslager! Und da sollen Deutsche mittun, indem sie genötigt werden, ausgerechnet deutschfeindliche Resolutionen zu unterschreiben. **Wir achten den Staat, dem wir untertan sind und pflichttreu dienen; wir lieben unsere Heimat, in der unsere Ahnen seit Beginn unserer Heimatgeschichte siedeln; wir würdigen die nationalen Gefühle unserer polnischen Heimatgenossen; aber wir bitten auch unseren nationalen Gefühlen mit Takt und Verständnis zu begegnen! Adolf Hitler hat jeden Krieg abgelehnt und den Frieden an unseren Grenzen garantiert. Auf polnischer Seite aber gibt es ein polnisches Heer und eine wachsame Außenpolitik. Was will man noch mehr?**

*

Verirrungen.

Aus Bromberg wird uns von einem Augenzeugen über die Wianki-Feier am Mittwoch, die mit dem „Fest des Meeres" verbunden war, folgendes berichtet:

„Bei der Auffahrt zahlreicher Boote polnischer Rudervereine lenkte die besondere Aufmerksamkeit ein Boot auf sich, das die „Polonia" über das Wasser führte. Diese „Polonia" saß auf dem Rücken einer Attrappe, die Hitler darstellte, und dabei aus einem Becher trank, der das Baltische Meer versinnbildlichte. Daß die große Menge der Zuschauer über diese „politische Tat" sehr geteilter Meinung war, konnte man daraus ersehen, daß der Beifall, der diesem Boote galt, nur sehr spärlich und von kurzer Dauer war."

Von einem Reisenden, der am Festtage des Meeres durch den Bahnknotenpunkt Laskowitz fuhr, wird uns folgendes mitgeteilt:

„Dort war auf einem Perron, etwa zwischen Tunnel und Beamtenhaus, ein Segelbootmodell aufgehängt, das abends elektrisch beleuchtet war und in großen Buchstaben die Aufschrift „Bicz na Hitlera" („Die Peitsche für Hitler") trug. Dabei befand sich eine zur Opfergabe bestimmte Büchse. —

Glaubt man mit diesen Unverschämtheiten der Größe Hitlers nahe zu kommen? Weiß man wirklich in gewissen Kreisen engstirniger Patrioten noch nicht, daß man durch solche Beleidigungen nur sich selber schmäht?

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 1. Juli 1933.

Krakau — 2,88, Zawichost + 1,16, Warschau + 1,18, Plock + 0,74, Thorn + 0,89, Fordon + 0,96, Culm + 0,93, Graudenz + 1,16, Kurzebrak + 1,36, Pieckel + 0,70, Dirschau + 0,64, Einlage + 2,28, Schiewenhorst + 2,48.

Der Posener Hauptverein der Gustav Adolf-Stiftung in Neutomischel.

Der Posener Hauptverein der Gustav Adolf-Stiftung beging seine diesjährige Hauptversammlung in der Kirchengemeinde Neutomischel, in der er vor 20 Jahren zum letzten Mal als Gast geweilt hat.

Nach alter Sitte begann die Tagung mit einem Festgottesdienst in der gut besuchten alten Kirche, die mit Grün und Blumen festlich ausgeschmückt war. Nach der Liturgie durch den Ortspfarrer, Superintendent Reisel, hielt Superintendent Syring aus Neustadt (Pommerellen) die Festpredigt. Starker unerschütterlicher Glaube darf in den Gemeinden der Diaspora nicht aufhören. Von solchem Glauben beseelt, hat der Schwedenkönig, dessen Namen der feiernde Verein trägt, den bedrängten Glaubensbrüdern Hilfe gebracht. Das Wesen der Bekehrung zeigt sich in der Abkehr vom Bösen und völliger Hingabe an Christus, die sich in der tätigen Hilfe in der Not beweist, durch die die Brüder in ihrem Glauben gestärkt werden. Die Schlußansprache von Generalsuperintendent D. Blau-Posen stellte die evangelische Kirche in den Mittelpunkt. Der Gustav Adolf-Verein hilft dazu, daß sie in der Diaspora für die Gläubigen ein Zufluchtsort bleiben kann. Wir hoffen zuversichtlich, daß unsere liebe evangelische Kirche, die durch Tage schwerster Erschütterung geht, mit Gottes Hilfe stark und fest erhalten bleibt.

Nach einem gemeinsamen Imbiß in dem schönen neuen Gemeindehause, zu dem die evangelische Frauenhilfe eingeladen hatte, versammelte sich die Festgemeinde nochmals in der Kirche zum Gemeindeabend. Nach der herzlichen Begrüßung durch Superintendent Reisel stellte Pfarrer Steffani-Thorn der Gemeinde die „Schwierigkeiten und Herrlichkeiten der evangelischen Gemeinden in der Diaspora" vor Augen. In unserem Kirchengebiet ist in letzter Zeit die Unterweisung der Jugend in evangelischem Sinne eine besondere Not geworden. Die Schwierigkeiten türmen sich überall schier unüberwindlich auf, aber aus ihnen erwachsen die Herrlichkeiten. Die Gemeindeglieder werden in ihrer Not durch das feste Band des Glaubens vereint und nehmen gern und freudig neue Aufgaben auf sich. Viele freiwillige Helfer und Helferinnen stehen im Dienst der Kindergottesdienstarbeit, die Mütter unterweisen daheim ihre Kinder im Worte Gottes, die Kirchenältesten sorgen in den pfarrerlosen Gemeinden für den Zusammenhalt der Gemeindeglieder.

Pfarrer Rößler-Rogasen schilderte Einzelheiten aus der Arbeit des Bibelheims „Beröa", dessen Leiter er ist. Vor acht Jahren wurde das Bibelheim gegründet, um dort Gemeindehelferinnen auszubilden. Es finden jährlich zwei Kurse statt, in denen junge Mädchen aus allen Teilen unseres Kirchengebietes und Diakonissen auf Grund der Heiligen Schrift zum Dienst an der Jugend und den Kindern unserer Gemeinden herangebildet werden. Sie kommen aus den verschiedensten Schichten, schließen sich aber bald in der gemeinsamen Arbeit eng aneinander. Über 2000 Helferinnen stehen im kirchlichen Dienst und tragen mit dazu bei, daß aus den Schwierigkeiten in den evangelischen Gemeinden Herrlichkeiten werden.

Studiendirektor D. Hildt-Posen dankte in seiner Schlußansprache der Gemeinde für die Freudenstunden, die sie dem feiernden Verein in ihrer Mitte bereitet. Mit Gebet und Segen des Herrn schloß die Feier, die von Darbietungen des Posaunenchors und Festgesängen des Kirchenchors umrahmt war.

Am Morgen des nächsten Tages riefen die Glocken die Kinder der Gemeinde zum Gottesdienst, den Pfarrer Schenk-Hallkirch hielt. An Hand des Wortes 1. Kor. 12, 26 veranschaulichte er den Kindern die Liebe, die die Gemeinden in der Diaspora miteinander verbindet und die den Gustav Adolf-Verein zu ihrem treuen Helfer gemacht hat. Anschließend fand die öffentliche Hauptversammlung in der Kirche statt. Nach einer kurzen Andacht von Superintendent Schulze-Gnesen eröffnete der Herr Generalsuperintendent die Sitzung, begrüßte die auswärtigen Festgäste und sprach der Gemeinde den herzlichen Dank des Vereins für die Gastfreundschaft aus. Namens des Gemeindekirchenrates begrüßte Superintendent Reisel die Erschienenen. Der Jahresbericht wurde von dem Schriftführer, Konsistorialrat Hein-Posen, erstattet. Der Gustav Adolf-Verein konnte im Berichtsjahr wiederum vielen evangelischen Gemeinden unseres Kirchengebietes aus mannigfachen Nöten helfen, ganz besonders nimmt er sich der evangelischen Jugenderziehung in den Gemeinden an, zu deren Durchführung der Ertrag der Sammelbüchsen weiterhin bestimmt ist. In Vertretung des Schatzmeisters erstattete Obersekretär Kothe-Posen den Kassenbericht. Für die große Liebesgabe waren vorgeschlagen die Gemeinde Filehne, deren Fachwerkkirche einzustürzen droht, Hallkirch, deren Gotteshaus instand gesetzt werden muß, und der Ausbau der Kindergottesdienste in unserem Kirchengebiet. Bei der Abstimmung erhielt, wie wir bereits kurz berichteten, Filehne die Hauptgabe, während sich Hallkirch und der Kindergottesdienst mit den allerdings auch stattlichen Trostgaben begnügen mußten. Die satzungsgemäß ausscheidenden Vorstandsmitglieder, Konsistorialrat Hein, Studiendirektor D. Hildt und Redakteur Herbrechtsmeyer wurden wiedergewählt. Mit Gebet und Segen schloß Generalsuperintendent D. Blau die Versammlung.

Zum Schluß fanden sich die Festteilnehmer zu einem gemeinsamen einfachen Essen im Gemeindehause zusammen.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 1. Juli.

Zeitweise aufheiternd.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet zeitweise aufheiterndes, am Tage wärmeres Wetter mit schwachen westlichen Winden an.

Die Strompreisfrage in Polen.

In den Auseinandersetzungen über die Strompreisfrage, die in der polnischen Öffentlichkeit andauern, nimmt ein Vertreter der Stromerzeuger in längeren Ausführungen erneut Stellung. Er weist zunächst darauf hin, daß es unrichtig sei, den Kohlenpreis und zwar ausgerechnet den Preis von 10 Kilo Kohle als Berechnungsgrundlage für die Strompreise zu nehmen, da bei der Analysierung der Strompreise zwei Faktoren zu unterscheiden seien, nämlich die **Produktionskosten** für eine Kilowattstunde und die Kosten der Lieferung dieser Kilowattstunde. Vom Kohlenpreis hingen lediglich die Produktionskosten ab, die Lieferungskosten jedoch seien vom Brennstoffpreis völlig unabhängig.

Wenn man sich die Mühe machen wollte, so heißt es in dem Artikel weiter, zu berechnen, wie viel elektrischer Strom bei einem kleinstädtischen Elektrizitätswerk mit niedrigem Verbrauch, ohne Industrie, auf der Grundlage einer fünfzehnjährigen Konzession kosten müßte, so ließe sich leicht der Nachweis erbringen, daß selbst, wenn die Kohle gar nichts kostete, der Preis für Kilowattstunde Beleuchtungsstrom 80 Groschen ausmachen könnte.

Den Behauptungen, daß seit 1927 die Preise sämtlicher Artikel um 26,6 Prozent gefallen seien und daß nur der Elektrizitätspreis eine Ausnahme hiervon mache, sei entgegen zu halten, daß der Strompreis vor 1927 ständig gefallen sei, während die anderen Preise gestiegen seien; außerdem sei ein Vergleich mit irgend welchen anderen Unternehmungen hinkend. Wenn der Verbrauch falle, schränke jeder Fabrikant die Arbeitszeit ein, während jedes Elektrizitätswerk täglich 24 Stunden ohne Unterbrechung arbeiten müsse, unabhängig davon, ob der Verbrauch gesunken oder gestiegen sei.

Der Verfasser des Artikels weist schließlich darauf hin, daß die Elektrifizierung in Polen auf starke Hemmnisse stoße. Das stärkste Hemmnis sei die Teuerung des Kapitals und die mangelnde Rentabilität der Elektrizitätswerke. Solange die Elektrizitätswerke in ihren Bilanzen keine Dividende für ihre Aktionäre ausweisen könnten, solange nicht volle Tilgungsabschreibungen vorgesehen und die Gewinne nicht für Neuanlagen verwendet werden könnten, solange werde sich die Elektrifizierung Polens, wie bisher nur in sehr langsamem Tempo fortsetzen. Mit Stromboykott könne man die Elektrizitätswerke zu gewissen Preissenkungen zwingen, man könne aber niemanden zwingen, in ein unrentables Elektrizitätswerk Kapital zu investieren; man müsse berücksichtigen, daß selbst bei dem langsamen Fortschritt bisher alljährlich einige 10 Millionen Złoty in Eelektrizitätsanlagen investiert worden sind.

Wunder im Grünen.

Auch dem verschütteten Gemüte
verriegelt sich das Wunder nicht,
wie oft die allerschönste Blüte
aus einem alten Kaktus bricht.

Da kam ein Blinder, seltsam leise
hintastend im Bereich des Lichts,
und pfiff den Vögeln, Spatz und Meise,
und stand verzauberten Gesichts.

Ein dumpfer Mensch saß unter Bäumen
und nährte Bitterkeit und Groll,
statt seine Galle fortzuräumen
und froh zu atmen, wie man soll.

Wie Sankt Antonius streut' er Krumen,
entrückt und selig ganz und gar;
es schien, er reichte selbst den Blumen
und Baum und Himmel etwas dar.

Da war dem Bitterling, er finde
Zum erstenmal des Lebens Sinn
und plötzlich sah er — wie der Blinde —
und gab sich ganz dem Wunder hin.

Peter Scher.

Schließlich müsse man bedenken, daß es nicht angängig sei, bei der Beurteilung der Verhältnisse der Elektrizitätswerke ständig das Warschauer Elektrizitätswerk als Beispiel heranzuziehen. Dieses Elektrizitätswerk befinde sich schon aus dem Grunde in günstigeren Verhältnissen als andere, weil es die Hauptstadt des Landes mit Energie versorge, ferner aber, weil es eine ganze Reihe von Jahren der Betriebsführung hinter sich habe. Der Großteil der Elektrizitätswerke in Polen müsse, um nicht schließen zu müssen, ständig neues Kapital zur normalen Ergänzung der Einrichtungen investieren, ohne daß es möglich sei, das Kapital selbst zu verdienen. Es sei kein Geheimnis, daß die Elektrizitätsindustrie in Polen im Gegensatz zu der des Auslandes sich nicht rentiere.

---

§ **Der bienenwirtschaftliche Verein** für Bromberg und Umgebung hielt kürzlich bei Herrn Borkowski in Prondy seine Monatsversammlung ab. Ungeachtet des nicht sicheren Wetters versammelten sich viele Mitglieder und Gäste. Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden referierte Herr Zietak über das Thema: „Der Honig als Nahrungsmittel, Heil- und Trinkmittel". Darauf erfolgte eine gründliche Besichtigung des musterhaft geführten Bienenstandes des Gastgebers. Hierbei gab Herr Ziehlke mancherlei wertvolle Fingerzeige, wie man mit Bienen in Körben und Kästen umzugehen hat, damit man gute Resultate erziele. Sodann referierte der Vorsitzende noch über das Neueste aus den Bienenzeitungen. Bekanntgegeben wurde noch, daß alle Mitglieder, die zum Herbst mit Bienenzucker versorgt sein wollen, die Bescheinigungen hierfür bis spätestens zur nächsten Sitzung besorgt haben müssen.

§ **Auf der Anklagebank.** Eine Anzahl von Personen hatte sich vor dem Bromberger Kreisgericht wegen Diebstahls zu verantworten. Den Anfang machten zwei Fahrradmarder, die Arbeiter Michał Włoszczyński und Józef Klimczak aus Bromberg: Beide hatten in den Monaten April und Mai d. Js. eine Reihe von Fahrraddiebstählen (im ganzen zehn) ausgeführt und die gestohlenen Räder dann weiter verkauft. Vor Gericht bekennen sich die Angeklagten zu je zwei Fahrraddiebstählen; die übrigen ihnen zur Last gelegten Diebstähle wollen sie nicht begangen haben. Da die vorhandenen Beweise nicht ausreichen, um ihnen die anderen Diebstähle nachzuweisen, verurteilte das Gericht die beiden Angeklagten zu je sechs Monaten Gefängnis. —

Die Eheleute Józef und Franciszka Chodała aus Nakel hatten sich mit billigen Kartoffeln zu versorgen versucht, indem sie sich in der Nacht zum 16. Oktober v. Js. auf das Feld des Landwirts Jelinski begaben und, ohne diesen um Erlaubnis zu fragen, fleißig Kartoffeln ausgruben. Sie hatten jedoch das Pech, bei ihrer nächtlichen Arbeit von einem Förster überrascht zu werden, der die Kartoffeldiebe festnahm und sie dann der Polizei übergab. Józef Ch., der aus dem Untersuchungsgefängnis dem Gericht vorgeführt wurde und wegen Diebstahls bereits mehrmals vorbestraft ist, erhielt sieben, seine Ehefrau drei Monate Gefängnis zudiktiert. Der Ehefrau wurde ein dreijähriger Strafaufschub gewährt. —

Der Arbeiter Bruno Damski aus Fordon brachte es sogar fertig, ein ganzes Tor, 2 Meter breit und 1½ Meter hoch, das dem Besitzer Józef Kaniecki gehört, zu stehlen. Beim Zerkleinern des Tores zu Brennholz wurde er von der Polizei ertappt und erhielt nun wegen dieses Diebstahls zwei Monate Arrest. —

§ **Einen Selbstmordversuch** unternahm am Freitag vormittag in einem Bromberger Hotel eine 24jährige Bureau-Angestellte, indem sie Jod trank. Das Hotelpersonal alarmierte jedoch rechtzeitig die Rettungsbereitschaft, welche die Unglückliche im bewußtlosen Zustande ins Städtische Krankenhaus brachte. Dort wurde ihr der Magen ausgepumpt. Der Zustand der Lebensmüden ist jedoch besorgniserregend.

§ **Wochenmarktbericht.** Das heitere Wetter am ersten Wochenmarkttage im Monat Juli hat dem Marktverkehr im Vergleich zu den letzten Wochenmarkttagen eine bereits seit langer Zeit nicht mehr verzeichnete starke Belebung gebracht. Das Angebot an den Gemüse- und Obstständen war von außerordentlicher Mannigfaltigkeit. Das feuchte Wetter der letzten Tage hat den Reifeprozeß der Beeren und Kirschen sehr beeinträchtigt, so daß nur in den seltenen Fällen eine einwandfreie Ware angeboten werden kann. Besonders reichhaltig sind die Blumenstände geworden, die bei billigen Preisen einen willkommenen Hausschmuck bieten. In der Zeit zwischen 10 und 11 Uhr wurden folgende Preise gezahlt: Butter 1,00—1,20, Eier 0,90—1,00, Weißkäse 0,20 bis 0,25, Tilsiterkäse 1,50—1,60, rote Rüben 0,10, Wruken 0,10, Spinat 0,10, Salat 0,05, Radieschen 0,10, Rhabarber 0,10, Mohrrüben 0,10—0,15, Blumenkohl 0,20—0,50, Gurken 0,50, Spargel 0,50—0,60, Kohlrabi 0,10—0,15, Zwiebeln 0,05, Stachelbeeren 0,25—0,30, Kirschen 0,50—0,70, Tomaten 2,00, Enten 3,00—4,00, Hühner 2,50—4,00, junge Hühner 1,50—2,00, Tauben 0,50—0,60, Speck 0,80—0,90, Schweinefleisch 0,70 bis 0,80, Rindfleisch 0,60—0,70, Kalbfleisch 0,60—0,70, Hammelfleisch 0,60.

□ **Crone** (Koronowo), 30. Juni. Auf dem heutigen Wochenmarkte wurden folgende Preise gezahlt: Butter 0,90—1,20 das Pfund, Eier 0,80—0,90 die Mandel, Kartoffeln 2,50—2,80 der Zentner. Mastschweine brachten 40—43 der Zentner, Bacon-Schweine 38—39 der Zentner. Absatzferkel waren nicht aufgetrieben.

Vor wenigen Tagen wurde nach vorheriger Vergiftung der Hunde bei dem Besitzer Kantak aus Wudzyn eingebrochen und entwendeten die Diebe Goldsachen und silberne Bestecke im Werte von gegen 6000 Złoty. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Der landwirtschaftliche Verein Crone unternahm am 30. Juni eine Flurschau auf dem Gute des Gutsbesitzers Birschel bei Nakel.

Dem Staatsförster Marchewka, Alxandrowo bei Klahrheim, wurden drei Fahrräder gestohlen. Die Diebe konnten nicht ermittelt werden.

Posen, 30. Juni. In der am Mittwoch abgehaltenen außerordentlichen Stadtverordnetensitzung wurde eine Entschließung aus Anlaß des Feiertages des Meeres angenommen, in der festgestellt wurde, daß Pommerellen kein „Korridor", sondern urpolnisches Land sei und protestiert wurde gegen die deutsche Raubgier und gegen die falsche revisionistische Propaganda Deutschlands. Auf Grund der Verträge fordern die Stadtverordneten die volle Ausnutzung der Polen auf dem Gebiete Danzigs zustehenden Rechte. An der Entschließung beteiligten sich nicht die Kommunisten. Die Versammlung genehmigte darauf die Jahresabrechnung der Städtischen Sparkasse für 1932 mit 41 824 892,11 Złoty Umsatz und 208 019,99 Złoty Reingewinn. Beschlossen wurde, den Keramischen Pavillon an der fr. Herderstraße für Volksschulzwecke umzubauen. Die Angelegenheit der Übernahme der fr. Huggerbrauerei an der fr. Herderstraße durch die Stadt wurde einem besonderen Ausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Am hiesigen Deutschen Privatgymnasium haben von 19 zugelassenen Oberprimanern und Oberprimanerinnen folgende 16 die Reifeprüfung bestanden: Fritz Entreß, Heinz Greinert, Gerd Hüser, Max Miecke, Otto Schofer, Traugott Wehrhan, Alice Westphal, Joachim George, Fiszel-Majer Mornel, Herweg Müller, Günther Ortlieb, Otto Schlotte, Kurt Tonn, Isa Walter, Rolf Sennert und Klaus Schultz.

ph **Schulitz** (Solec), 30. Juni. Der heutige Wochenmarkt war reichlich beschickt und gut besucht. Man zahlte für: Butter 0,90—1,10, Eier 1,00, Weißkäse 0,20—0,25, Spargel 0,50, Mohrrüben 2 Bund 0,25, Schoten 0,30—0,40, Blumenkohl Kopf 0,30—0,40, Erdbeeren 0,50—0,60, neue Kartoffeln 0,20, alte Kartoffeln Zentner 2,50—3,50.

Vor wenigen Tagen wurden dem Besitzer Finger drei junge Gänse und Kartoffeln gestohlen.

Am vergangenen Sonntag veranstaltete der hiesige gemischte Chor bei Herrn Stern in Otteraue ein Gartenfest, welches trotz des kühlen Wetters einen guten Verlauf nahm. Für allerlei Belustigungen wurde gesorgt. Besonders die Kinder kamen auf ihre Kosten; sie belustigten sich durch Sackhüpfen, nach der Wurst springen usw. Auch ein Preisschießen fand statt. Den Höhepunkt bereitete der Abend, als im überfüllten Saale ein lustiger Einakter „Eine gestörte Nachtwache", humoristische Vorträge und Chorgesänge zum Vortrag kamen. Bis zum frühen Morgen wurde eifrig dem Tanze gehuldigt.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: J. V. Arno Ströse; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 148

Heute: „Illustrierte Weltschau" Nr. 26.

Landesgenossenschaftsbank

Bank Spółdzielczy z ograniczoną odpowiedzialnością Poznań
(früher: Genossenschaftsbank Poznań)

Oddział w Bydgoszczy, ul. Gdańska 16

Telefon 291, 374, 373.
Drahtanschrift: Raiffeisen.

Postscheckkonto Poznań Nr. 200182.
Girokonto: Bank Polski, Bydgoszcz.

Eigenes Vermögen 6.600.000.— zł. / Haftsumme rund 10.700.000.— zł.

Annahme von Spareinlagen gegen bestmöglichste Verzinsung.

Laufende Rechnung. Scheckverkehr. An- und Verkauf und Verwaltung von Wertpapieren.

Bank-Inkassi. An- und Verkauf von Sorten und Devisen. **Vermietung von Safes.**

Die Geburt einer gesunden Tochter *Grete* *geben bekannt*

Lena Thimm
Arthur Thimm

Okonin, den 30. Juni 1933 5080

Erfolgr. Unterricht
i. Englisch u. Französisch erteilen T. u. A. Furbach, Cieszkowskiego 24, I lks. (früh. 11). Französisch-englische Uebersetzung. Langjähr. Aufenth. in England u. Frankreich.

Ihre heute vollzogene Vermählung geben bekannt

Karl Jaeschke
und Frau Anne-Marie
geb. Zeep

Bydgoszcz, den 1. Juli 1933 2486
ul. Konarskiego 11, I

Donnerstag früh gegen 6 Uhr verschied sanft und unerwartet unser herzensguter Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwager und Onkel

Robert Brendel

im 83. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Geschwister Brendel.

Bydgoszcz, den 1. Juli 1933.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 3. Juli, nachm. 2 Uhr. von der Leichenhalle des alten evangelischen Friedhofs, Wilhelmstraße (Jagiellońska) aus statt. 2485

Am 29. Juni 1933 verschied nach langem, schweren Leiden mein lieber Vater, der

Stadtrat a. D., Optiker

Walter Ritter sen.

im Alter von 68 Jahren.

In tiefem Schmerz, im Namen der Hinterbliebenen

Walter Ritter und Frau.

Graudenz, den 1. Juli 1933.

Der Tag der Beerdigung wird noch bekanntgegeben. 5078

Am 1. d. Mts., früh 2½ Uhr, entschlief sanft nach einem arbeitsreichen Leben, im 84. Lebensjahr, mein lieber Mann, unser treusorgender herzensguter Vater, Schwieger-, Großvater, Bruder und Onkel, der 2496

Schneidermeister

Hermann Krüger.

Dies zeigen in tiefer Trauer im Namen aller Hinterbliebenen an

Helene Krüger geb. **Grüning**
nebst Kindern und Anverwandten.

Rynarzewo, den 1. Juli 1933.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 5. Juli, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Freitag nachmittag 3¼ Uhr verschied meine liebe Frau, unsere gute Mutter

Franciska Hinz
geb. **Lentz**

im 83. Lebensjahre.

Dies zeigt tiefbetrübt im Namen aller Hinterbliebenen an

Paul Hinz.

Chełmża (Culmsee), den 1. Juli 1933.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 3. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause aus statt. 5095

Aufrichtigen Dank

sagen wir hiermit allen für die Beweise herzlicher Teilnahme an dem Heimgange unseres Entschlafenen, insbesondere Herrn Pfarrer **Schröder** für die trostreichen Worte.

Im Namen der Hinterbliebenen

Fritz Kuchenbecker.

Przechowo, den 30. Juni 1933. 5096

Zurückgekehrt
Dr. Fischoeder
Innere- und Nerven-Krankheiten
Bydgoszcz, ul. Marsz. Focha 2.
Sprechst.: ½12—½1 u. 5—6. 2454

Privatklinik Dr. Król
Bydgoszcz, *Plac Wolności 11 :: Telefon 1910*
a) Innere und Nerven-Abteilung
b) Chirurgisch-gynäkologische und Geburtshilfliche Abteilung
Röntgen-Institut. *Elektrotherapie* ***(Diathermie*** *— Höhensonne — Sollux usw.)*
Medizinische Bäder etc. 5007

Von der Reise zurückgekehrt
Dr. Cohn, Świecie.
5062

Paßbilder
6 Stück sofort mitzunehmen **1.75**
FOTO-ATELIER 4327
nur Gdańska 27 Tel. 120

Hebamme
erteilt Rat mit gutem Erfolg. Diskretion zugesichert. 2475
Danet, Dworcowa 66.

Poln. u. Französisch
erteilt gepr. Lehrerin, Piotra Skargi 5, r. 3,
2309 Sprechst. v. 3-5 Uhr.

Unterricht
in Buchführung Stenographie Jahresabschlüsse auch brieflich. 4871
Bücher-Revisor
G. Vorreau
Marszałka Focha 10.

Hast Du schon gekauft
Filme, Platten
für den Sonntag von
Centrala Optyczna,
Gdańska 9. 4987

Rechtsbeistand
St. Banaszak
Bydgoszcz 4329
ul. Cieszkowskiego 4
Telefon **1304.**
Bearbeitung von allen, wenn auch **schwierigsten** Rechts-, Straf-, Prozeß-, Hypotheken-, Aufwertungs-, Miets-, Erbschafts- und Gesellschaftssachen usw. — Erfolgreiche Beitreibung von Forderungen.
Langjährige Praxis!

Perf. Schneiderin
empfiehlt sich in u. auß. d. Hause, auch a. Land.
Petersona 12, Hof, W. 6.

Motor-Räder

der Firmen

ROYAL ENFIELD
A. J. S.
NORTON

27 Typen von 150 bis 1000 ccm in der Preislage von zł 1560.— bis 4350.—

Verkauf und Vertretung für Bydgoszcz und Pomorze:

A. Janecki, Bydgoszcz
Plac Wolności 1. 5068

Wir haben unsere
Färbereifiliale
in Bydgoszcz von der ul. Dworcowa 64 nach der

Dworcowa 2

(Ecke Dworcowa-Pomorska)

verlegt

Wir werden unsere Kundschaft bestens bedienen und bitten um gütige Unterstützung unseres Unternehmens 5076

Dr. Proebstel i Ska.
Färberei und chem. Waschanstalt

Sie photographieren nicht?

Und doch haben Sie eine Schachtel voll loser Bilder, die immer wieder herausfallen und verloren gehen können. Kleben Sie Ihre Bilder in ein Album. Sie können schon für wenig Geld bei uns ein schönes Album erstehen. Erst dann werden Sie Freude an Ihren Bildern haben. Besuchen Sie uns und lassen Sie sich unsere große Auswahl Photoalben unverbindlich vorlegen.

A. DITTMANN T. z o. p., BYDGOSZCZ
Papier- und Schreibwaren - Büroartikel
Marsz. Focha 6 - Tel. 61

Neuzeitlicher 4961
Privat-Unterricht
in einfacher, doppelter u. amerikanischer Buchführg., kaufm. Rechnen, Gesetzeskunde, Inserat.- u. Anzeigenkurs., Schulung zum Reklamefachmann, sowie alle and. Handelswissenschaften
Georg Fibich,
Bydgoszcz, Hetmańska 20

Dampferfahrten

nach der Hafenschleuse Brdyujście
am Sonntag, dem 2. Juli d. J.
gemäß dem Fahrplan für Sonn- und Feiertage.

Von Montag, dem 3. Juli cr. ab, fährt ein Dampfer **täglich** nach Brdyujście:
Abfahrt Bydgoszcz: 15 Uhr
Abfahrt Brdyujście: 19 Uhr. 5094

LLOYD BYDGOSKI Spółka Akcyjna

Reparaturen
an Uhren und Goldsachen werden preiswert unter Garantie ausgeführt 5011
F. Luckszat, Pomorska 35

Dauerwellen Wasserwellen Haarfärben
führt erstklassig aus
P. Kroenke,
Frisiersalon für Damen und Herren,
Dworcowa 3. 5010

Um Tischlerarbeit.
Repar. bitt. dtsch. Tischl. (arbeitsl.) fast umsonst. Gefl. Auftr. unt. D. 2286 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Marmorschotter
3—5 mm und 5—8 mm weiß, schwarz und rot,
Ofenkacheln
aller Sorten,
Tonfliesen u. Wandplatten, sowie alle Baumaterialien offerieren billigst
Bracia Pichert,
T. z o. p. 4644
Chełmża. Tel. Nr. 14.

Bleiche Klaviertasten
Pfitzenreuter, Pomorska 27.

Sägewerk Trzciniec
(Bahnstation) 2464
nimmt **Lohnschnitt** zu Konkurrenzpreisen an. **Bauholz** auf Raten am Sägewerk. **Inform.** św. Trójcy 25, Wohn. 3 und auf dem Werk.

Fliegengaze
Breiten 40, 50, 60 u. 100 cm, kleine Abschnitte per Post. Alle Sort. Gewebe f. Maschinensiebe in 53 od. 63 cm Brt.
Drahtgeflechtfabrik
Alexander Maennel,
Nowy Tomyśl (W. 6.)

Kanthölzer, Balken und Bretter 3241
zu Neubauten
sow. auch komplett fertige Bauten
wie **Wohnhäuser, Ställe und Scheunen** liefert billigst u. schnell
Fa. W. Sonnenberg
Dampfsägewerk und Baugeschäft
Nowawieś wielka
powiat Bydgoszcz.

Schweizerhaus
4. Schleuse.
Empfehle den geehrten Gästen mein Familienlokal. Guten **Kaffee** in Kännchen u. Kuchen
5092 **M. Kleinert.**

Kino Kristal
Beginn: 7 und 9.10
Sonntags ab 3.30 Uhr
Preise ab 0.50 Złoty

Heute, Sonnabend, Premiere! Wieder endlich ein Großfilm! Ein hochinteressanter, fesselnder Tonfilm mit tollkühnen eindrucksvollen Fliegeraufnahmen. Die Erlebnisse einer treuen Gattin, liebenden Mutter, welche auf lügenhafte Versprechungen fremder Männer nicht eingeht, unter Regie von Hans Behrends, unter dem Titel:

„Gloria"

In den Hauptrollen: **Brigitte Helm**

Spannung! Fesselnde Handlung! Moderne Ausstattung! Musik! 5083

Außerdem:
Neueste Fox-Wochenschau.
Weltausstellung in Chikago.
Automobilrennen in Indianapolis, bei welchem 8 Fahrer ums Leben kamen.
Deutsche Beschreibung gratis.

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 148.

Bromberg, Sonntag den 2. Juli 1933.

Pommerellen.

1. Juli.

Graudenz (Grudziądz).

Verband deutscher Katholiken in Polen.

Seine diesjährige Hauptversammlung hielt der Bezirk Pommerellen des Verbandes deutscher Katholiken in Polen am Donnerstag, 29. d. M., in Schlagenthin (Sławęcin), Kr. Konitz, ab. An ihr nahmen außer Delegierten von 13 Ortsgruppen auch Vertreter der Jugendgruppen teil. Aus den Einleitungsworten des 1. Vorsitzenden, Pfarrer Kallas-Frankenhagen und den Tätigkeitsberichten der Herren Schultz-Osterwiek und Fritz-Neukirch geht hervor, daß der Verband deutscher Katholiken in Polen eine Bewegung des Deutschtums und der christlichen Erneuerung ist. Sucht er sie im katholischen Geiste, so verbindet ihn doch das gleiche Volkstum mit allen anderen deutschen Organisationen in Polen. Der Verband verfolgt kulturelle Ziele; er pflegt das deutsche Volkslied, Sport, Volksspiele, und beschäftigt sich mit Bildungs- und Volkstumsarbeit.

Die Vorträge in den Ortsgruppen hatten folgende Themen zum Inhalt: „Der alte und der neue Mensch", „Papsttum und Volkstum", „Kampf gegen den Unglauben", „über die Lebenserneuerung durch den V. D. K.", „Wirtschaft und Religion", „Das deutsche Volkslied".

Der Bezirksvorstand wurde einstimmig wiedergewählt.

× **Apotheken-Nacht- und Sonntagsdienst.** In der Zeit vom Sonnabend, 1. Juli d. J., bis Freitag, 7. Juli d. J., haben Nacht- und Sonntagsdienst die Adler-Apotheke (Apteka pod Orłem), Oberthornerstraße (3-go Maja), sowie Greif-Apotheke (Apteka pod Gryfem), Lindenstraße (Lipowa).

× **Graudenzer Postverkehr im Mai d. J.** Im Monat Mai d. J. wurden auf dem hiesigen Postamt aufgegeben: 640 961 gewöhnliche Briefe, 15 064 eingeschriebene Briefe, 256 Wertbriefe, 4223 gewöhnliche Pakete, 450 Wertpakete, 292 Nachnahmesendungen, 172 Postaufträge, 6579 gewöhnliche und telegraphische Postanweisungen über 476 943 Złoty, 1237 Postschecks über 2 088 349 Złoty, 416 410 Zeitungen und Zeitschriften, sowie 1387 Telegramme; es trafen ein: 389 174 gewöhnliche Briefe, 12,362 eingeschriebene Briefe, 192 Wertbriefe, 5677 gewöhnliche Pakete, 2002 Nachnahmesendungen, 242 Postaufträge, 8917 gewöhnliche und telegraphische Postanweisungen über 417 648 Złoty, 2002 Postschecks über 226 823 Złoty, 58 672 Zeitungen und Zeitschriften, sowie 1825 Telegramme. An Telephongesprächen gab es 487 424 Ortsgespräche, sowie 2875 Gespräche von Graudenz nach auswärts und 8553 umgekehrt. *

× **Verabscheuungswerte Zerstörungssucht** hat wieder einmal eine häßliche Tat gezeitigt: in der Nacht zum Mittwoch sind im Stadtpark zwei schöne, Blumen enthaltende steinerne Vasen zertrümmert und damit zugleich deren Inhalt vernichtet worden. Wie weit die Frechheit der Schädlinge geht, beweist die Tatsache, daß in der Gegend des „Waldhäuschens" kräftige Fichten und Laubbäume abgeschnitten werden. Vor einigen Tagen haben nichtswürdige Hände auch in der Bischoffstraße (Wojciecha) eines der Zierbäumchen arg beschädigt. Ebenso wurden kürzlich bei der Gendarmerie-Schule in drei Reihen gesetzte Bäumchen „geköpft". Leider gelingt es selten oder gar nicht, einen der Burschen zu erwischen und ihn der gerechten Strafe zuzuführen.

× **Der geflüchtete Gefangene,** über den wir in unserer letzten Ausgabe berichteten, konnte schon am Donnerstag vormittag in der Wohnung eines seiner Bekannten in der Schloßbergstraße ermittelt und verhaftet werden. Vorher hatte er sich nach Schloß Roggenhausen (Rogóźno Zamek) begeben und war von hier nach Graudenz zurückgekommen. *

× **Diebstähle.** Aus der Major L. Lamschen Wohnung, Rehdenerstr. (Hallera(10, wurde eine im Küchenspind befindliche goldene Damenuhr im Werte von 130 Złoty entwendet. Ferner stahl ein Straßendieb einem Stanisław Wtlczewski, Marienwerderstraße (Wybickiego) aus dem Korridor des Starostwo sein Fahrrad.

× **Taschendiebstahl.** Auf dem Getreidemarkt (Plac 23 Stycznia) wurde während des letzten Wochenmarktes dem Landwirt Feliks Rojewski aus Robakowo, Kreis Culm, aus der Jackettasche ein Betrag von 40 Złoty durch einen „Taschenrevisor" entwendet.

Thorn (Toruń).

Ein Gesangs-Konzert

der beiden Männergesangvereine „Thorner Liedertafel" und „Liederfreunde" unter der bewährten Leitung des gemeinsamen Chormeisters Otto Steinwender fand Donnerstag nachmittag im „Deutschen Heim" statt. Die Vortragsfolge wurde eingeleitet mit dem feierlichen „Weihegesang" von H. Wagner. Alsdann wechselten Lieder ernsten und heiteren Charakters ab, entweder gemeinsam oder von jedem Chore einzeln vorgetragen, die mit Beifall aufgenommen wurden. Nach Erledigung des Programms gaben beide Chöre gemeinsam sowie einzelne Sänger verschiedene heitere Lieder als Zugabe. Das Wetter war der Veranstaltung günstig; ein kleiner Regen ließ keine merkliche Störung eintreten. Der Besuch war recht gut. k **

---

‡ **Von der Weichsel.** Der Wasserstand betrug Donnerstag früh 1,19 und Freitag früh 1,01 Meter über Normal, die Wassertemperatur etwa 14½ Grad Celsius. — Schiffsverkehr am Mittwoch: Aus Warschau trafen ein die Passagierdampfer „Jagiełło" und „Kaniowczyk", die nach Danzig bzw. Dirschau weiterdampften, ferner Dampfer „Goplana", der von hier vier leere Kähne nach oben abholte. Aus Danzig bzw. Dirschau kommend, legten hier die nach Warschau fahrenden Personendampfer „Bałtyk" und „Mars" an. Dampfer „Spółdzielnia Wisła" passierte mit drei Kähnen im Schlepp, von Danzig kommend, die Stadt. Schiffsverkehr am Donnerstag: Dampfer „Faust" und „Francja" trafen aus Warschau ein und fuhren nach Danzig bzw. Dirschau weiter. Schlepper „Uranus" brachte zwei leere Kähne aus Warschau hierher. Aus Dirschau traf Dampfer „Kaniowczyk" auf der Rückfahrt zur Hauptstadt ein. Dampfer „Neptun" brachte einen Kahn mit Getreide aus Danzig für eine hiesige Mühle. Die Dampfer „Witeź" und „Mickiewicz" fuhren von hier nach Warschau ab.

Am Donnerstag fand eine Regatta des neugegründeten Kanuklubs statt, bei der drei Rennen ausgetragen wurden. Außer Konkurrenz wurde ein Vierer- und ein Einerrennen hiesiger Rudervereine gefahren. **

‡ **Auf der neuen Weichselbrücke** kann man seit einiger Zeit wieder eine gewisse Tätigkeit beobachten, nachdem es den Eindruck gemacht hat, als ob der Weiterbau eingestellt worden sei. Der immer noch fehlende Brückenbelag wird jetzt verlegt, denn die Brücke soll auf alle Fälle im September fertiggestellt sein, um in Verbindung mit den dann stattfindenden Festlichkeiten anläßlich des 700jährigen Stadtbestehens eingeweiht und dem Verkehr übergeben werden zu können. **

t **Das „Fest des Meeres"** wurde am Mittwoch und Donnerstag in Verbindung mit der traditionellen Wianki-Feier (Johannistag) begangen. Mittwoch nachmittag drei Uhr ruhte der gesamte Straßenverkehr eine Minute lang zu Ehren des Gedächtnisses der für Polens Freiheit Gefallenen. Am Abend fand ein Zapfenstreich statt und anschließend daran an der Weichsel die Wianki-Feier, die infolge bedeutend herabgesetzten Eintrittsgeldes erheblich stärker als sonst besucht war. Die alten Baulichkeiten der Stadt waren bis 11 Uhr abends durch Scheinwerfer beleuchtet. Am Donnerstag fanden in allen katholischen Kirchen Gottesdienste statt. Die Teilnehmer begaben sich hernach unter Vorantritt von Musikkapellen zur Weichsel, wo das „Fest des Meeres" begangen wurde. Arbeitsinspektor Wróblewski verlas zum Schluß eine Resolution, die den unerschütterlichen Willen der Bürgerschaft zum Ausdruck bringt, den Zutritt zum Polnischen Meere bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen. Der Gesang der deutschfeindlichen „Rota" beendete diese Feier. **

‡ **Der Freitag-Wochenmarkt** war in allen Teilen überreich beschickt und gut besucht. Man notierte folgende Preise: Eier 1,10—1,20, Butter 1,00—1,30, Glumse pro Stück 0,20—0,40, Kochkäse 0,40—0,60, Sahne pro Liter 1,00—1,20; Gartenerdbeeren 0,30—0,60, Walderdbeeren pro Liter 0,80—1,20, Stachelbeeren 0,25—0,30, Kirschen 0,60—1,00, Tomaten 2,00, Rhabarber 0,05—0,10, Spinat 0,10—0,20, Salat pro Kopf 0,02—0,10, Radieschen pro Bund 0,05—0,10, Meerrettich pro Stück 0,05—0,30, Gurken pro Stück 0,20—0,50, Kohlrabi pro Bund 0,15—0,25, Blumenkohl pro Kopf 0,50 bis 0,80, Weißkohl pro Kopf 0,40—0,80, Karotten pro Bund 0,10—0,15, Erbsschoten 0,20—0,30, rote Rüben pro Bund 0,10, die letzten Spargel 0,20—0,40, neue Kartoffeln pro Pfund 0,15—0,20; junge Hühnchen pro Paar 2,00—3,00, Suppenhühner 2,00—4,00, Enten 3,00—4,00, Tauben pro Paar 1,00; Blumen in Töpfen und geschnitten gab es in riesiger Menge zu sehr wohlfeilen Preisen. **

‡ **Unter dem Verdacht** des Gelddiebstahls wurden zwei Jugendliche, unter dem Verdacht des Betruges zwei andere Personen festgenommen. Sodann verzeichnet der Polizeibericht vom Mittwoch und Donnerstag noch die Festnahmen eines Bettlers, eines Schwarzfahrers auf der Eisenbahn und von zwei Betrunkenen wegen verübter Ausschreitungen. — Zur Anmeldung gelangten acht kleinere Diebstähle, zwei Unterschlagungen, ein Betrug, drei Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften und je eine Zuwiderhandlung gegen sanitäts- und baupolizeiliche Bestimmungen. **

v **Diebstahlschronik.** Einen Transmissionsriemen im Werte von 30 Złoty erbeutete ein unerkannt entkommener Täter aus der Werkstatt von B. Buller, Graudenzerstraße (ul. Grudziądzka) 37. — Aus der Wohnung von Bolesław Dreja, [illegible]bitscherstraße (Lubicka) 38, wurden verschiedene Wäschestücke im Werte von 200 Złoty gestohlen.

*

‡ **Aus dem Landkreise Thorn,** 30. Juni. Bei einem Einbruch, der neulich nachts in den Speicher des Gutes Nawra, Besitzer Jan Szczaniecki, verübt wurde, fielen den unerkannt entkommenen Tätern etwa sechs Zentner Weizen und drei Zentner Erbsen im Gesamtwerte von etwa 90 Złoty zur Beute. **

*

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Morgen, Sonntag, 4 Uhr, findet im Deutschen Heim ein vom Deutschen Frauenverein veranstaltetes Sommerfest statt. Wie früher, wird auch diesmal wieder ein reichhaltiges Programm für angenehme Unterhaltung sorgen. Trotzdem sind die Eintrittspreise nur gering und ermöglichen jedem den Besuch des Festes, dessen Reinertrag unseren Armen und Arbeitslosen zugute kommen wird. Siehe Anzeige. 5019 **

---

‡ **Berent** (Kościerzyna) Abbau, 30. Juni. In Untersuchungshaft genommen wurde Franciszek Wesołek von hier, der im Verdacht steht, den Brand auf seinem Grundstück selbst angelegt zu haben. Es waren Stall und Scheune mit landwirtschaftlichen Gerätschaften und zwei Schweinen verbrannt im Werte von etwa 10 000 Złoty, während die Versicherung über 32 000 Złoty lautete. **

ef **Briesen** (Wąbrzeźno), 30. Juni. Das hiesige Burggericht verurteilte das Ehepaar Suśko aus Katharinchen wegen Diebstahls einer Kuh zu je zwei Monaten Gefängnis. Für Beamtenbeleidigung erhielt C. Suchomski aus Nielub zwei Wochen, T. Kałpacki aus Mittwalde für einen Teschingdiebstahl zwei Jahre Gefängnis.

Bei dem Fleischermeister Paszota brachen Diebe in die Garage ein und stahlen von einem Chevroletlastwagen Dynamo und Akkumulator.

Diebe drangen in die Kühlhalle des hiesigen Schlachthauses ein und stahlen eine größere Menge Schweinefleisch. Es gelang jedoch, die Diebe auf dem Heimwege zu stellen und ihnen ihre Beute abzunehmen.

Einem Unglücksfall zum Opfer gefallen ist der P. Kryl aus Szychowo. K. hatte sich auf den Heuboden begeben und brach durch, da dieser reparaturbedürftig war. Er fiel so unglücklich in das darunter befindliche Zimmer, daß er drei Rippen brach.

ef **Goßlershausen** (Jabłonowo), 29. Juni. Wie bekanntgegeben wird, findet am 11. Juli hierselbst ein Vieh- und Pferdemarkt statt.

tz **Konitz** (Chojnice), 30. Juni. Am Mittwoch fand eine Kreistagssitzung unter dem Vorsitz des Starosten Mieszkowski statt. Der Starost berichtete zunächst über den Wojewoden-Besuch und verlas ein Dankschreiben des Gastes für die herzliche Aufnahme im Kreise. Der Kreistag sandte darauf an den Herrn Wojewoden ein Danktelegramm für den Besuch ab. Darauf berichtete der Herr Starost über die Kreiswirtschaft, einige 100 Arbeitslose hätten bei der Firma Schütt - Czersk und in anderen Unternehmungen Beschäftigung gefunden, ein anderer Teil konnte beim Brücken- und Straßenbau beschäftigt werden. Von Karsin soll eine Chaussee zum Weitsee gebaut werden. Für eine Molkerei in Konarzyn wurden Kredite bewilligt. Durch die in Arbeit genommene Regulierung des Chocina-Flusses entstehen einige 1000 Morgen Wiesen, so daß in dem westlichen Kreisteil größere Vieh- und Schafzucht betrieben werden kann. Diese geplanten Arbeiten werden vom Wojewoden unterstützt. Aus staatlichen Mitteln des Arbeitslosenfonds wurden die Meliorationen in Lukowo bezahlt, die jetzt bereits beendet sind und es den Landwirten erlauben, das frühere Sumpfland zu bebauen. Der Kreis erhält eine Subvention von 25 000 Złoty, um damit eine ständige und billige Verbindung der Stadt mit Briesen und Lipnice zu errichten. Das Budget für 1933 mußte gekürzt werden, da die vorgeschlagenen Steuern nicht einkommen. Die Genehmigung eines Nachtragsbudgets wurde bekanntgegeben. Der Pachtvertrag für die Kasernen wurde von 8000 auf 12 500 Złoty erhöht. Die Übernahme der Jugendherberge in Müskendorf wurde genehmigt, da der Staat dazu das Geld gibt und dem Kreise keine Kosten entstehen. Zum Schluß wurde in der üblichen Form anläßlich des Festes des Meeres eine Resolution beschlossen.

Das Fest des Meeres begann am Donnerstag mit einem Hochamt in der Kirche. Anschließend fand von den Vereinen und Verbänden ein Umzug statt. Vom Balkon des Rathauses hielt Direktor Korzeniewski eine Ansprache in der üblichen Form, worauf eine Resolution verlesen wurde. Nachmittags fanden die weiteren Feiern in Müskendorf statt. Der Besuch des Publikums ließ sehr zu wünschen übrig. Die verhältnismäßig wenigen Gäste fuhren schon früh wieder zurück, so daß das angesetzte Feuerwerk ausfallen mußte, weil keine Zuschauer mehr da waren. Wie wir hören, soll es am kommenden Sonntag abgebrannt werden. Die anderen Veranstaltungen wurden aber programmäßig erledigt. Um 4.30 Uhr begann die Vereinsregatta bei ganz leichtem Winde. Es war eine ausgesprochene Flautenregatta.

Am Mittwoch fand eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung statt, bei der eine Resolution beschlossen wurde, die das bekannte Gelöbnis enthielt, jeden Versuch eines Angriffs auf die Grenzen mit Waffengewalt zu beantworten. Die Deutsche Fraktion war dieser Sitzung ferngeblieben.

In das Wohnhaus des Landwirts Emil Sill in Alt Juncza schlug der Blitz ein und zündete. Es gelang den Bewohnern, das Feuer zu löschen, bevor größerer Schaden angerichtet war.

Neuenburg (Nowe), 30. Juni. In der letzten Stadtverordnetensitzung in Neuenburg wurde zunächst Kenntnis gegeben von der gesetzlich neu geregelten Städteordnung, welche mit dem 13. Juli d. Js. in Kraft tritt und die Selbstverwaltung aufhebt. Es folgte der Kassenbericht März/April und Jahresschluß für 1932/33, sowie der Arbeitslosenunterstützung. Dann erfolgte Neuwahl der Schuldeputation auch für die Fortbildungsschule. Ein weiterer Beschluß betraf den Neubau eines Ofens für die Gasanstalt. Ein Antrag des Rechtsanwalts Kurowski an seinen Klienten Szandrach ein Stück städtisches Land käuflich abzutreten, wurde abgelehnt. Der neue Weichselfährvertrag wurde in der Pacht auf 600 Złoty ermäßigt, mangels genügenden Verkehrs indessen auf 400 Złoty weiterhin herabgesetzt. Schließlich erfolgte die einstimmige Wiederwahl des jetzigen Bürgermeisters Jabłoński auf 10 Jahre unter Festsetzung des bisherigen Gehalts und der Nebenspesen vorbehaltlich der Bestätigung durch die Wojewodschaft.

h **Neumark** (Nowemiasto), 29. Juni. Die staatliche Oberförsterei Lonkorsch (Łąkorz) im hiesigen Kreise verpachtet im Wege des schriftlichen Angebots 1. das Fischereirecht auf den Gewässern Lekarty—Mosisko—Przedzieniec—Jeziorka—Lubek—Mozedel, Wasserfläche 67,50 Hektar, ferner 8,21 Hektar Ackerland und 8,80 Hektar Wiese, gelegen in den Schutzbezirken Lekarty und Skarlin, Jagen 115 und 116; 2. das Fischereirecht auf den Gewässern Kakei—Debno—Wielki Staw, Wasserfläche 98,12 Hektar, ferner 7,24 Hektar Ackerland, 0,25 Hektar Wiese und Gebäude, gelegen im Schutzbezirk Bielice. Pachtdauer 10 Jahre (1. 10. 1933 bis 30. 9. 1943). Offertensumme ist in Goldzłoty pro Hektar Wasserfläche und in Kilogramm Roggen pro Hektar Acker- und Wiesenfläche anzugeben. Offerten sind bis zum 18. September d. J. in versiegelten Briefumschlägen mit der Aufschrift „Submisja na jeziora w Lekartach“ bezw. „Submisja na jeziora w Bielicach“ bei der benannten Oberförsterei einzureichen. Außerdem muß der Bewerber in die Kasse der Oberförsterei eine Kaution, die 10 Prozent der offerierten jährlichen Pachtsumme ausmacht, einzahlen.

In Wonna ertrank die 27 Jahre alte Besitzerin Hedwig Habermann in einem Torfbruch. Die Leiche konnte geborgen werden. Eine polizeiliche Untersuchung hat ergeben, daß die H. infolge ihrer eigenen Unvorsichtigkeit beim Auslegen von Fischnetzen ertrunken ist.

Durch ein Feuer wurde dem Landwirt Cegielski in Gwizdziny Insthaus und zwei Ställe eingeäschert. Der Brandschaden beträgt 1200 Złoty. Dem Arbeiter Flaszynski verbrannten dabei zwei Schweine, drei Ziegen, ein Fahrrad, Wäsche und Hausgeräte im Werte von 200 Złoty und der Frau Dąbrowska zwei Schweine, eine Ziege, Kartoffeln und Kleinigkeiten im Werte von 250 Złoty. Entstanden ist der Brand durch Fahrlässigkeit. Alle Geschädigten waren unversichert.

a **Schwetz** (Świecie), 30. Juni. Am Montag, 3. Juli, findet hier ein Vieh- und Pferdemarkt statt.

In Schwenten hiesigen Kreises drangen unbekannte Diebe in die Wohnung des Gemeindevorstehers Mańczak und ließen dort verschiedene Kleidungsstücke im Werte von 300 Złoty mit sich gehen.

In Topolno wurden einem Paul Krüger zwei Fahrräder gestohlen.

Von unbekannten Dieben wurde in Treul dem Landwirt Heinrich Kerber ein Kalb von der Wiese gestohlen.

In dem Sägewerk, der Firma Nelken gehörend, in Laski geriet der Arbeiter Leon Glinecki mit der linken Hand in die Maschine, wobei ihm alle Finger zerquetscht wurden. Er wurde ins hiesige Krankenhaus geschafft.

P **Vandsburg** (Więcbork), 30. Juni. Im nahen Schmilowo entwendeten Diebe des Nachts einem dortigen Landwirt aus einer Kartoffelmiete ungefähr 30 Zentner Kartoffeln. Der Bestohlene setzte sofort die Polizei in Kenntnis, welche die Verfolgung aufnahm und die Spur bis zu dem Besitzer Galczynski in Wirle, Kreis Wirsitz, verfolgte, wo auch der Wagen mit den Kartoffeln vorgefunden wurde. — Einem Bürger hiesiger Stadt wurde letzthin des Nachts ein wertvolles Fahrrad entwendet.

Laut Bekanntmachung beträgt der neue Preis für 1 Kilogramm Roggenbrot 0,33 Złoty. Ein Weizenbrötchen im Gewicht von 50 Gramm kostet 0,05 Złoty.

Rundschau des Staatsbürgers.

Inkraftsetzung des neuen Selbstverwaltungsgesetzes.

Das Innenministerium hat ein Rundschreiben erlassen, wonach gewisse Bestimmungen des neuen Selbstverwaltungsgesetzes bereits am 13. Juli dieses Jahres in Kraft treten.

Nach dem Gesetz bleiben die Mitglieder des Magistrats so lange im Amt, bis die neuen Behörden sich konstituiert haben. Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung können nicht sein: Militärpersonen, Kommunal- und Verwaltungsbeamte, Mitglieder der Polizei und der Feuerwehr. **Das Fernbleiben von drei aufeinander folgenden Sitzungen des Magistrats oder der Stadtverordnetenversammlung ohne ausreichende Begründung hat für den Betreffenden den Verlust des Mandats zur Folge.**

Aus dem ministeriellen Rundschreiben weiß der „Kurjer Poznański“ noch das Folgende zu melden:

In Kraft gesetzt wird die Bestimmung, **daß bei den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Bürgermeister bzw. der Stadtpräsident den Vorsitz führt.** Durch Art. 35 wird die **Einrichtung des besonderen Vorstandes der Stadtverordnetenversammlung aufgehoben.** Die Bureauarbeiten, die mit der Tätigkeit der Stadtverordnetenversammlung verknüpft sind, gehen auf das Bureau der Stadtverwaltung über. In dieser Hinsicht macht das Rundschreiben des Ministers auch mit Warschau keine Ausnahme.

Am 13. Juli tritt auch der Art. 53 des Gesetzes in Kraft, wodurch bestimmt wird, daß für ihre dienstliche Tätigkeit der Präsident und der Vizepräsident ein ständiges Gehalt erhalten entsprechend den Normen, die in den betreffenden in Geltung befindlichen Vorschriften und in den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung umschrieben sind. Den Beisitzern (d. h. Stadträten) sollen nur Diäten zustehen für die Teilnahme an Sitzungen, oder eine Entschädigung für die bei besonderen Fällen geleistete Arbeit, entsprechend der Art der letzteren und der Länge der Zeit, die dem Magistrat gewidmet worden ist, und nur dann, wenn diese Personen wegen ihrer Teilnahme an der Arbeit des Magistrats beträchtliche Verluste bei ihrem Erwerb erlitten haben.

Außerdem tritt die Vorschrift über die Alters- und Invaliditätsversicherung der Mitglieder der Gemeinde-Verwaltung und des weiteren diejenige des Art. 61 in Kraft, wonach **das Recht der direkten Kontrolle** der Bureauarbeiten des Magistrats und der städtischen Unternehmungen **dem Präsidenten zusteht. Ständiges Kontrollorgan ist die Revisionskommission,** deren Mitglieder die Stadtverordnetenkommission wählt. Diese Kommission hat selbstverständlich nicht das Recht, die Tätigkeit des Stadtpräsidenten in den Dingen zu kontrollieren, die er als Vertreter staatlicher Behörden verrichtet.

Die Aufsichtsbehörden haben das Recht, Inspektionen des Magistrats durchzuführen. Sie sollen über den Ausfall der Inspektion den Magistrat spätestens innerhalb 60 Tagen benachrichtigen. Der Innenminister kann zu den Sitzungen des Magistrats einen Delegierten entsenden. —

Uns selbst liegt der Runderlaß des Ministers nicht vor, so daß wir nicht in der Lage waren, festzustellen, ob die vorstehend bezeichneten Bestimmungen, die am 13. Juli 1933 in Kraft treten, sich auch auf unser Teilgebiet beziehen. **Auf eine Anfrage beim Bromberger Magistrat wurde uns aber mitgeteilt, daß auch hier den neuen Bestimmungen entsprechend verfahren wird.** Wie seinerzeit (in Nr. 114 der „Deutschen Rundschau“ vom 19. Mai 1933) berichtet wurde, hat das Gesetz in der Presse eine scharfe Kritik auch deshalb erfahren, weil aus ihm nicht klar genug hervorgeht, welche Bestimmungen der bisherigen Organisation der Selbstverwaltung weiter bestehen bleiben und welche abgeändert werden. Alles hinge — und hängt auch wirklich — von künftigen Verordnungen ab.

Rundfunk-Programm.

Montag, den 3. Juli.

Königswusterhausen.

06.20: Konzert. 09.00: Für die Frau: Wie wirtschafte ich rationell? 09.15: Fröhlicher Kindergarten. 09.45: Semannsgarn. 10.10: Schulfunk: Junge Dichter und Komponisten der H. J. 11.30: Die Angst vor dem Zahnarzt. 11.45: Zeitfunk. 12.00 ca.: Zur Unterhaltung (Schallplatten). 14.00: Schallplatten. 15.00: Für die Frau: Künstlerische Handarbeiten. Allerlei Anregungen für die Ferienzeit. 15.45: Bücherstunde. 16.00: Von Breslau: Konzert. 17.00: Pädagogischer Funk. Ministerialrat Dr. Ufadel: Das neue Geschichtsbild in der Schule. 17.25: Zeitfunk. 17.35: Musik unserer Zeit. 18.00: Das Gedicht. 18.05: Alte Kammermusik für Harfe, Flöte und Sopran. 19.00: **Stunde der Nation.** Von Frankfurt: **„Separatisten“.** 20.00: Kernspruch. Anschl.: **Konzert nach Wünschen unserer Hörer** mit heiteren Einlagen (Schallplatten). 22.00: Nachrichten, Sport. 23.00—24.00: Von Leipzig: Nachtmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.20: **Konzert.** 10.00—10.40: Schulfunk. 11.30: Von Hamburg: Konzert. 13.00: Von Rosen einen Kranz (Schallplatten). 14.20: Operettenmelodien (Schallplatten). 15.40: Das Buch des Tages. 16.00: Kurkonzert der Waldenburger Berg- und Bad Salzbrunner-Kurkapelle. 17.55: Zeitdienst. 18.15: Gleiwitz: **Stunde der Heimat.** 19.00: **Stunde der Nation.** Von Frankfurt: Separatisten. 20.00: **Volkslieder aus der Grafschaft Glatz.** 21.00: Von Berlin: **Kammerorchester-Konzert.**

Königsberg-Danzig.

06.20—08.00: Konzert. 11.30: Konzert. 13.05—14.30: **Königsberg:** Lustige Potpourris (Schallplatten). 13.05—14.30: Danzig: Schallplatten. 15.30: Jugendstunde. 16.00: Aus dem Kurgarten Zoppot: Konzert. 17.30: Der Dichter und sein Volk. 17.45: **Vergessene** romant. Klaviermusik des 19. Jahrhunderts. Am Flügel: Arno Liebau. 10.00: **Stunde der Nation.** Von Frankfurt: **Separatisten.** 20.05: **„1001 Nacht“.** Fantast. Operette von Leo Stein und Carl Lindau. Musik von Johann Strauß. 21.45: Von Danzig: Autorenstunde. Ludwig Bäte liest Verse und Prosa unter dem Titel: „Sommerlied“. 22.15: Nachrichten, Sport.

Leipzig.

06.20: Von Hamburg: **Konzert.** 12.00: **Aus Mozarts Opern** (Schallplatten). 13.15: **Musik zu Vieren** (Schallplatten). 15.00 bis 15.20: Violinmusik. 16.00: Konzert. 19.00: **Stunde der Nation.** Von Frankfurt: **Separatisten.** 20.00: Der Staat spricht. 20.05: **Alte und neue Tänze.** Kapelle Arno Kaufmann, Dresden. 21.25: **Musik in Jena.** Mitw.: Willy Schmidt, Tenor; Willy Henker, Violine; Helmut Maurer, Klavier.

Warschau.

12.05—13.00: Schallplatten. 14.55: Schallplatten. 16.00: Von Ciechocinek: Konzert des Posener Opernorchesters. 17.15: Schallplatten. 17.30: Klaviervortrag. 18.35: Schallplatten. 20.00: **„Waldmeister“,** Operette von Joh. Strauß. Dir.: Elfzyk. 22.00: **Tanzmusik.** 22.40: **Tanzmusik.**

Dienstag, den 4. Juli.

Königswusterhausen.

06.20: **Konzert.** 12.00 ca.: **Unsere deutschen Opernsänger** (Schallplatten). 14.00: **Haus- und Salonmusik** (Schallplatten). 15.45: Germanische Frauengesänge. 16.00: Von Leipzig: Konzert. 17.00: Für die Frau: Was junge Mütter wissen sollten (IV). 17.35: Schubert-Schumann-Stunde. 18.05: Heereshunde und Heeresbrieftauben. 18.30: Politische Zeitungsschau. 19.00: **Stunde der Nation.** Von Berlin: **Rügen.** 20.00: Kernspruch. Anschl.: **Kleines Varieté.** Schallplatten mit Versen von Richard Drews. 20.30: **Kurkonzert aus Swinemünde.** 22.00: Nachrichten, Sport. 22.45: Seewetterbericht. 23.00—24.00: Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.20, 12.00: **Konzert.** 13.00, 14.20: **Schallplatten.** 16.00: **Konzert.** 17.00: Das Buch des Tages. 19.00: **Stunde der Nation.** Von Berlin: **Rügen.** 20.00: Von München: **Konzert.** 21.00: **Der preußische Archill.** Hörbericht um Prinz Louis Ferdinand.

Königsberg-Danzig.

06.20—08.00: Konzert. 11.05: **Landfrauenfunk.** 11.30: Konzert. 13.05: Schallplatten. 16.00: Konzert. 17.45: Aus dem Kurhaus in Cranz: Die Wikinger Ausstellung des Prussia-Museums. 18.25: Stunde der Arbeit. 19.00: **Stunde der Nation.** Von Berlin: **Rügen.** 20.10: Von Berlin: **Das lachende Florenz.**

Leipzig.

06.20: Konzert. 12.00 und 13.15: Schallplatten. 16.00: Blasmusik. 18.20: Elternsprechstunde. 19.00: **Stunde der Nation.** Von Berlin: **Rügen.** 20.00: Der Staat spricht. 20.05: **Stunde der jungen Front.** 20.50: **Lieder der SA.** Zwei Studentenstürme der SA. 21.15: **„Der Zauberbaum“.** Komisches Singspiel in einem Aufzug von Christoph Willibald von Gluck. 22.05: Nachrichten. **Anschl. bis 24.00: Musik um 1600.**

Warschau.

12.05—13.00: Schallplatten. 14.55: Schallplatten. 15.50: Schallplatten. 16.00: Von Ciechocinek: Konzert des Posener Opernorchesters. 17.15: Solistenkonzert. Szablowska, Pianistin; Rosenberg-Schindler, Klavier, und Gedeonow, Violine. 18.35: Liedervortrag. Gluzinska-Makuszynska. Am Flügel: Urstein. 19.05: Schallplatten. 20.00: **Festveranstaltung z. 157. Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten von Amerika.** 22.00: Tanzmusik. 22.40: Tanzmusik.

*

Turnfestmusik im Rundfunk.

Die Berliner Funkstunde und der Deutschland-Sender übertragen am Sonnabend, dem 1. Juli 1933, ab 17,30 Uhr, die Musik zu den Festfreiübungen der Turner und Turnerinnen von Gerh. Rößner, zum Chorfesttanz von Wilh. Bein und zum Turnfestmarsch von Gerh. Rößner. Eine Wiederholung der Sendung findet **am 8. Juli 1933 statt.**

Juristische Rundschau.

Die Schadenersatzpflicht des Automobilbesitzers bei Automobilunfällen.

(Von unserem Warschauer Gerichtsberichterstatter.)

Der Oberste Gerichtshof hat eine beachtenswerte Entscheidung in Fragen der Schadenersatzpflicht bei Automobilunfällen getroffen.

Bei einem Automobilunfall, in dem festgestellt wurde, daß der Automobillenker nicht ordnungsgemäß und regelrecht auf der vorgeschriebenen Straßenseite gefahren ist, wobei auch strittig war, ob er Warnungszeichen mit der Hupe gegeben habe, erlitt ein Straßenbahnpassagier nach dem Aussteigen aus der Straßenbahn einen Beinbruch, weshalb er den Besitzer des Automobils haftbar machte.

Das Kreisgericht erkannte nur zur Hälfte den Schadenersatz zu, weil es neben dem Verschulden des Automobillenkers durch Fahren auf der linken Straßenseite, auch das Verschulden des Passagiers durch Aussteigen auf der Straßenbahn auf der unrichtigen Seite und nicht an der Haltestelle annahm. Das Berufungsgericht maß die Schuld dem Automobillenker allein zu und erkannte auf Schadenersatz in voller Höhe. Der Oberste Gerichtshof, bei dem der Automobileigentümer, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Maryański, Revision gegen das berufungsgerichtliche Urteil einlegte, fand dieses Urteil als mangelhaft begründet. Das Oberste Gericht erklärte, daß es bei Beurteilung der Schadenersatzpflicht bei Automobilunfällen vorwiegend auf die Feststellung ankomme, ob, abgesehen von zufälligen örtlichen Verkehrsumständen an der Stelle des Unfalles, die eine von der vorschriftsmäßigen Regel abweichende, vom Automobillenker nicht zu vermeidende Fahrrichtung verursachen können (linke Fahrseite, oder Fahrt in der Straßenmitte, um an der Rechtseite stehenden Hindernissen auszuweichen) der Automobillenker die gebotene Sorgfalt angewendet habe einerseits und andererseits, ob nicht auch das Verhalten des Beschädigten (wenn auch ein Verschulden ihm nicht beigemessen werden konnte) zum Unfall beigetragen habe. Diese beiden Gesichtspunkte seien viel mehr maßgeblich für die Beurteilung der Schadenersatzfrage, als lediglich die Feststellungen der ordnungsmäßigen oder nicht ordnungsmäßigen Fahrt des Lenkers, für welche diesen ein Verschulden nur dann treffen könne, wenn er dabei die nötige Sorgfalt hatte vermissen lassen.

Sei der Unfall nur durch Fehlen der nötigen Sorgfalt des Automobillenkers verursacht worden, so trete volle Schadenersatzpflicht des Automobileigentümers ein. Spielte dabei auch ein mitwirkendes Verhalten des Beschädigten eine Rolle, so gebühre nur ein entsprechend teilweiser Schadenersatz. Bei ausschließl. unfallsursächlichem Verhalten des Beschädigten sei eine Schadenersatzpflicht unbegründet. In jedem Falle der Haftbarmachung auf Schadenersatz bei Automobilunfällen sei mit aller Gründlichkeit der kausale Zusammenhang des Unfalles mit dem Verhalten des Beschädigten (wobei wieder betont werden müsse, daß dabei die Frage eines Verschuldens des Beschädigten gar nicht in Betracht zu kommen brauche) zu erörtern und festzustellen.

Der Weltverband der Auslandspolen.

Vor dem Zusammentritt des zweiten Kongresses der Auslandspolen zieht die „Gazeta Olsztynska“, des Allensteiner Organ der polnischen Minderheit in Deutschland, eine Bilanz über die Ergebnisse der Arbeiten des **ersten Warschauer Kongresses der Auslandspolen** und gibt **Fingerzeige** für die Probleme, mit denen sich der **zweite Kongreß beschäftigen** müßte. Wir lesen in dem Artikel:

Die positiven Werte, die der erste Kongreß der Auslandspolen in das polnische Leben hineingetragen hat, sind heute, nach einer vierjährigen angestrengten Arbeit der einzelnen Zentren durchaus zweifellos und offenbar. Der Kongreß hat sein Ziel erreicht: Seine wichtigsten Forderungen, die von allen als angezeigt und verpflichtend anerkannt wurden, sind allmählich in die Tat umgesetzt worden. Die in der Tagung geknüpften Bande zwischen allen ausländischen polnischen Zentren und dem Mutterlande sind in der täglichen Arbeit und in dem Gedankenaustausch noch fester geworden. Die ständige und enge Zusammenarbeit der ganzen Polonia mit dem Auslande ist ein sichtbares Zeichen dafür. Und es dürfte heute keine polnische Vereinigung geben, die auf diese Zusammenarbeit verzichten wollte.

Die innere Konsolidierung der einzelnen Zentren, die bis jetzt so schwer zu erreichen war, hat sehr große Fortschritte gemacht. Heute gibt es kaum einen oder zwei Staaten, in denen die Polen nicht eine gemeinsame nationale Vertretung besitzen. Aber auch dort haben die Verhältnisse eine weitgehende Entspannung erfahren, und es gibt heute nicht mehr diese Animositäten und Kämpfe, die lange Jahre hindurch einem verträglichen Zusammenwirken aller polnischen Organisationen in allgemeinen Fragen hindernd im Wege standen. Im Mutterlande aber wird die bis jetzt noch nicht vereinheitlichte Arbeit einer Reihe von Institutionen, die zur Zusammenarbeit mit den auslandspolnischen Vereinigungen berufen sind, allmählich in ein planmäßiges Aktionssystem umgeformt werden, indem sie immer tiefer in die Volksgemeinschaft eindringt. Wir sind Zeugen der Tatsache, daß die polnische Volksgemeinschaft im Lande mit jedem Schritt ein größeres Interesse und Verständnis für die Bedürfnisse von acht (?) Millionen Polen an den Tag legt, denen es nicht gegeben ist, im eigenen Staate zu leben und zu arbeiten. Freilich sind wir entfernt davon, die bereits vollzogenen Dinge zu überschätzen. Wir sind uns darüber klar, daß wir erst am Anfange sind, und daß unser noch eine große Arbeit harrt, bis wir die beabsichtigten Ziele erreicht haben. **Doch die Tatsache selbst, daß wir die Linie eines planmäßigen Ausbaues des organisatorischen polnischen Lebens im Auslande verfolgen und uns dabei auf den Ehrgeiz und die Anstrengung des ganzen Volkes stützen, ist zweifellos das Werk des ersten Kongresses der Auslandspolen, ein Werk, das die Zweckmäßigkeit dieser Tagung durchaus rechtfertigt.** Wir können denn auch heute mit vollster Überzeugung feststellen, daß diese Tagung ihr Ziel erreicht hat, und daß ihre Arbeit nicht vergeblich gewesen ist.

Der zweite Kongreß der Auslandspolen, der im Jahre 1931 stattfinden soll, wird sich, wie jede Tagung organisatorischen Charakters, ebenfalls in erster Linie mit der Diskussion über den Stand und die Bedürfnisse der Auslands-Polonia, sowie mit der Bilanz der Ergebnisse der bisherigen **Arbeiten beschäftigen müssen. Aber die Tagung** sollte nicht allein dem Zweck dienen, die Berichte entgegen zu nehmen und eine gewisse Arbeitsperiode abzuschließen, sondern vor allem dazu, einen weiteren Weg der Arbeit abzustecken und Fingerzeige für die Zukunft zu geben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß einer der wichtigsten Fingerzeige die Empfehlung sein wird, die bereits begonnenen Arbeiten sowohl im Lande als auch in der Fremde fortzusetzen. **Unser Organisationsleben befindet sich aber schon auf einem solchen Niveau, daß eine derartige Empfehlung nicht als ausreichendes Ziel des Kongresses anerkannt werden kann. Wir können und müssen weitergehen und neue Perspektiven der Arbeit eröffnen, sowie neue Losungen aufstellen.**

Und eine solche Losung wird zweifellos die Idee sein, die organisatorische Verknüpfung zwischen der Auslands-Polonia und dem Mutterlande dadurch positiver zu gestalten, daß ein **Weltverband der Polen** ins Leben gerufen wird. Auf diese Weise würden wir in die Periode der endgültigen Vereinigung der verstreuten polnischen Kräfte zur gemeinsamen Arbeit und zur gemeinsamen Sorge um das Volk und den Staat treten. Die zweite Losung wird die Empfehlung sein, daß durch die einzelnen polnischen Zentren im Auslande eine enge Verbundenheit untereinander angebahnt wird. Heute bilden die Polen in Deutschland, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in Frankreich, Brasilien oder irgendwo anders geschlossene Herde, die vollkommen mit eigenen Angelegenheiten und Bedürfnissen beschäftigt sind und nur selten untereinander einen Kontakt unterhalten. Aber es gibt doch viele Lebensgebiete, über die man eine Form des Zusammenwirkens finden könnte und müßte. Es bestehen zwar schon heute Rahmen von weiteren Verständigungen, wie z. B. der **Verband der polnischen Minderheiten in Europa**, aber das sind sporadische Einrichtungen. Der Gesamtkomplex ist in diese Aktion nicht einbezogen. Auf welchem Wege dies geschehen soll, ob durch den Weltverband der Polen oder in Gestalt von direkten Verständigungen zwischen den einzelnen polnischen Zentren, in der Form einer allgemeinen Verständigung oder nur einer Verständigung über bestimmte Lebenszweige, das ist eine zweite Sache. Vor allem ist die Notwendigkeit eines solchen Zusammenwirkens anzuerkennen und die ersten Fäden hierzu müssen gesponnen werden.

Die dritte Losung wird schließlich der **Appell an die im Auslande lebenden acht Millionen Polen** sein, **den lebhaftesten Anteil am öffentlichen Leben der von ihnen bewohnten Länder zu nehmen.** Denn nur auf diesem Wege werden die Polen, wenn auch nur in beschränktem Maße ihre Anwesenheit und ihre nationalen Aspirationen zur Geltung bringen können. Dies bedeutet nicht, daß sie sich dem Staat, in dem sie leben, entgegenstellen oder einen Kampf mit den bereits festgesetzten Formen des öffentlichen Lebens der Volksgemeinschaften aufnehmen sollen, unter denen sie ihr Leben fristen. **Es handelt sich vielmehr darum, den Polen auf dem Wege einer größeren Aktivität im öffentlichen Leben der Staaten, die von ihnen bewohnt sind, ein breiteres Tätigkeitsfeld zu geben und auf diese Weise ihren sozialen Wert sowohl als Einzelpersonen wie auch als geschlossene nationale Gruppe zu erhöhen.** Dies ist notwendig, um die polnischen Massen im Auslande auf eine höhere Stufe des sozialen Lebens zu bringen.

Doppelseitige Verpflichtung.

Eine polnische Erklärung und ein Nachwort dazu.

Im Zusammenhang mit der allgemeinen Volkszählung im Deutschen Reich hat das Berliner Organ der Polen in Deutschland, der **„Dziennik Berlinski“**, einen Aufruf an seine Landsleute erlassen, in dem es u. a. heißt:

„Wir wissen, daß jeder Mensch nur eine Muttersprache hat und daß die Muttersprache eines jeden Polen in Deutschland nur die polnische Sprache ist.

Die Verhältnisse, unter denen die jetzige Zählung stattfinden wird, sind ganz anders als die vom Jahre 1925. In Deutschland haben die Nationalsozialisten gesiegt, die das Wohl des deutschen Volkes als das wichtigste Gesetz ihrer Tätigkeit ansehen. Um dieses Volk zu erneuern und innerlich zu reinigen, verkünden sie, daß sie es von den „Fremden“ säubern müßten, d. i. von solchen Menschen, die dem deutschen Volk weder der Rasse noch der Nationalität nach angehören. Gleichzeitig versichern die Nationalsozialisten aber, daß sie die Sonderrechte dieser Fremden stets achten werden.

Diese Ansicht entspricht in diesem Punkt auch unserer Ansicht. Auch wir haben in Deutschland immer auf dem Standpunkt gestanden, daß wir als deutsche Staatsbürger im deutschen Staat in nationaler Beziehung eine gänzlich fremde, von den Deutschen gesonderte nationale polnische Gruppe darstellen. Darum haben wir um das Recht für die Polen in Deutschland gekämpft, darum haben wir eigene polnische Organisationen, eigene polnische Schulen, eine polnische Presse — kurz, wir haben uns gesondert organisiert und das ist für uns zum Guten ausgegangen. Diejenigen, die in Deutschland mit aller Gewalt Deutsche werden wollten, obgleich sie nicht von Deutschen abstammen, wurden von den Deutschen zurückgewiesen. Ja noch mehr. Man erließ gegen die Juden Gesetze, durch die sie gedemütigt und geradezu gezwungen wurden, nur sie selbst, d. h. nicht Deutsche, sondern Juden zu sein.

Schließlich haben die Nationalsozialisten durch den Mund ihres obersten Führers und jetzigen Reichskanzlers Adolf Hitler erklärt, daß sie niemand germanisieren wollen, der sich nicht als Deutscher fühlt.

Ein solcher Grundsatz ist die natürliche Folge des Standpunktes der Nationalsozialisten. Indem diese — wie sie selbst behaupten — danach streben, das deutsche Volk von allen fremden Elementen zu befreien, können sie in dieses nicht diejenigen aufnehmen, die wie die Polen, Lausitzer (Sorben) und Litauer eine von den Deutschen gesonderte Nationalität darstellen.

Anders gesagt: diejenigen, die heute in Deutschland regieren, wollen, daß jeder bleiben soll, was er ist, d. h. der Deutsche — Deutscher, der Pole — Pole, der Lausitzer (Sorbe) — Lausitzer (Sorbe), der Litauer — Litauer, der Tscheche — Tscheche, der Däne — Däne, der Jude — Jude.

Heute steht die Sache ganz klar da, darum sollte es jeder Pole begreifen und jedem anderen Polen wiederholen: wer der Abstammung nach Pole ist — der ist Pole und als solchen werden ihn von nun an alle Deutschen ansehen, auch wenn er es bestreiten wollte.

Darum müssen sich am 16. Juni alle dazu bekennen, daß sie Polen sind. Das verlangt von uns heute nicht nur unsere nationale Pflicht, sondern auch der Grundsatz, laut dem das jetzige Deutsche Reich regiert werden soll.“

*

Die vorstehende Erklärung des „Dziennik Berlinski“ verdient, auch von uns festgehalten zu werden. Sie gehört noch mehr in jede polnische Zeitung, nicht nur der Auslands-Polonia, sondern auch im Mutterlande, **damit jedermann wisse, daß das Gerede von der Entnationalisierung der Polen im Reich eine Fabel ist.**

Eine Erläuterung beansprucht lediglich die vom Berliner Polenblatt vertretene Auffassung, daß die Polen, die Deutsche werden wollten, genau so wie die Juden von den Deutschen zurückgewiesen und gedemütigt würden. Das ist nicht richtig. Man macht in Deutschland ausdrücklich einen Unterschied zwischen Ariern und Nichtariern, und was für Juden gilt, gilt nicht für Polen. Für die Zugehörigkeit zu einem Volkstum ist unter arischen Völkern nicht die Abstammung allein maßgebend, besonders dann nicht, wenn sie doppelter Natur sein sollte, sondern vornehmlich der Wille des Einzelnen, sofern es sich um Kinder handeln sollte, der Wille der Eltern. Es ist ausgeschlossen, daß die Deutschen etwa die Masuren nicht als ihresgleichen ansehen, wenn auch dieser eingedeutschte Volksstamm seiner Abstammung nach eine germanisch-slawische Mischung ist. Ebenso werden auch wir Deutschen nicht jene ungezählten Polen für unsere Volksgemeinschaft zurückfordern können, die, wie die Familiengeschichte der Haller, Bartel, Börner, Traugutt, Kühn, Ewert, ja auch der Grabski und vieler anderer mit polnischem Namen beweist, unzweifelhaft deutsches Blut in ihren Adern haben. In Mischzonen und vor allem in Mischehen bestimmt vor allem das Willensprinzip die Volkszugehörigkeit.

Der Satz Adolf Hitlers: **„Man kann aus einem Franzosen und aus einem Polen keinen Deutschen machen“**, steht zu dieser geschichtlich erwiesenen Behauptung keineswegs im Widerspruch. Der Nachdruck in der These des Kanzlers ist auf das Wort „machen“ zu legen. Das heißt: Das deutsche Volk will weder durch Gewalt noch durch Nötigung aus einem Fremdstämmigen einen Deutschstämmigen machen. Damit ist aber nicht gesagt, daß nicht etwa aus freiem Willen aus einem Franzosen oder aus einem Polen ein Deutscher werden könnte, und umgekehrt. Der Fall des neuen Reichsernährungsministers Walther Darré, dessen Familie einem französischen Emigrantengeschlecht entstammt, ist dafür ein lebender Beweis, den jedermann durch zahlreiche Beispiele aus seinem engeren oder weiteren Bekanntenkreis ergänzen kann.

Diese notwendige Bemerkung beeinträchtigt nicht unsere Genugtuung und heiße Dankbarkeit darüber, daß der Führer des deutschen Volkes sich gegen jede gewaltsame Polonisierung verwahrt hat und damit den deutschen Minderheiten aller Länder eine unersetzliche Waffe in die Hand zu geben wußte, mit der sie sich gegen alle Entdeutschungsmaßnahmen zu wehren vermögen. Wenn diese Abwehr auch nur mit den Mitteln der rechtlichen und moralischen Überzeugung geführt werden kann, die bekanntlich auf unserem menschlich regierten Erdkreis leider nicht immer den sofort sichtbaren Erfolg verbürgt, so wissen wir doch, und das historisch gut geschulte polnische Volk weiß es auch, daß es einen bewußten Willen in der Weltgeschichte gibt, der dann und wann der Gerechtigkeit zum Durchbruch verhilft, der es bei starken und gläubigen Völkern nicht zuläßt, daß man etwas anderes aus ihnen macht, als sie sein wollen.

Abdrosselung des Verkehrs mit dem Auslande.

In mehreren in der letzten Zeit erschienenen Artikeln übte der **„Ilustrowany Kurjer Codzienny“**, ein Organ der Regierungspartei, gestützt auf zahlreiche Beispiele, Kritik an der neuen Abdrosselung des Verkehrs mit dem Auslande, die eine Folgeerscheinung der unnachsichtlichen Handhabung der Paßbestimmungen sei. In dem letzten Artikel führt das Blatt zunächst eine Reihe von Fällen an, in denen Beamte aus Gefälligkeit unberechtigten Personen die Verabfolgung eines ermäßigten Auslandspasses ermöglicht hätten und zieht dann einen Vergleich zwischen diesen Fällen und der heutigen Absperrung der polnischen Bürger vom Auslande. Das Blatt schreibt u. a.:

„Die bequemste und fast einzige Pforte, durch die unzählige Personen unter Umgehung der verschärften Paßvorschriften ins Ausland gelangten, bildeten seit Jahren die Vorschriften der Verordnungen über die bevorrechtigten Kategorien, die ermäßigte oder auch unentgeltliche Pässe erhielten. Auf diesem Gebiet ereigneten sich oft geradezu Wunder. Übergeht man schon Mißbräuche, wie z. B. den Fall, da eine Gräfin aus Ostpolen Europa mit einem unentgeltlichen Auswanderer-Paß bereiste, so kann man nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß bei der Ausgabe von Handels- und Industriepässen — besonders in den kleineren Kreisstädten — geradezu unmögliche Dinge vorkamen. Solche Pässe wurden ganzen Pilgerzügen ausgestellt, nicht etwa Kaufleuten, sondern Kleinkrämern, die in ausländische Bäder und Kurorte reisten. Zu gleicher Zeit konnten aber viele bedeutende Kaufleute und Industrielle, die mit dem Ausland in Handelsbeziehungen stehen, die vielen Formalitäten, die zur Erlangung eines ermäßigten Handels- oder Industriepasses zu bewältigen waren, nicht erfüllen. Viele Geschäfte mit dem Ausland kamen nur aus diesem Grunde nicht zustande.

Nicht minder geradezu humoristisch stellte sich die Angelegenheit der Ausstellung von ermäßigten Pässen für Studienzwecke dar. Diese erhielten oft Näherinnen zum „Studium“ bei einer „Meisterin“ in einer Wiener Vorstadt oder in einer anderen Stadt des Auslandes. Absolventen von Hochschulen sowie Mittelschullehrer indessen, wie z. B. Germanisten, Romanisten, Kunstgeschichtler und dgl., die wissenschaftlich arbeiten oder sich für eine wissenschaftliche Arbeit vorbereiteten, konnten nicht ins Ausland fahren, um dort ihr Wissen zu erweitern, zu den Quellen vorzudringen oder mit dem Spezialgebiet ihrer Wissenschaft bekannt zu werden.

Gleichzeitig entstand, dank der gehandhabten bureaukratischen Methoden, eine beträchtliche Anzahl von „konsularischen“ Paßbetrügereien. Wer im Ausland einen Bekannten hatte, der wußte sich, wohnte er auch ständig in Polen, in den polnischen Konsulaten einen sog. Konsularpaß zu beschaffen. Dabei hatten diese Leute noch zahlreiche Erleichterungen: erstens ist dieser Paß billiger als ein Inlandspaß, außerdem bestehen in bezug auf die zu bereisenden Staaten keine Beschränkungen und schließlich ist er sehr lange Zeit gültig (bis zu zwei Jahren). Er war auch in bezug auf die sonst erforderlichen Bescheinigungen, Zeugnisse, Meldekarten und andere Dokumente viel leichter zu erhalten. Es genügte, den Paßbesitzer bei dessen zeitweisem Aufenthalt im Ausland nicht abzumelden. Und sogar von den Starosteien in Polen (im Bezirk seines ständigen Wohnorts) wurde ihm ein solcher „Konsular“-Paß im Bedarfsfalle gegen Zahlung der „Konsular“-Gebühr (ein verhältnismäßig kleiner Betrag) verlängert.

Jetzt ist in den „erklärenden“ Vorschriften zu den Paßverordnungen und in der bureaukratischen Praxis eine Abkehr nicht nur von solchen „liberalen Auslegungen“ der Vorschriften über Vergünstigungen eingetreten, sondern leider auch von allen liberalen Bestimmungen der bisherigen Paßvorschriften: Man schafft die bisher (wenn auch nicht immer richtig) angewandten Vergünstigungen fast sämtlich ab.

Wir erwähnen nicht die Verweigerung von Auslandspässen sogar gegen die Bezahlung der vollen Gebühr — es ist fraglich, ob diese Methode mit dem in der Verfassung festgelegten Grundsatz übereinstimmt —, die neuen Einschränkungen bei der Zuerkennung von ermäßigten Pässen für Auslandsfahrten, die in dem Gesetz über die Paßgebühren klar und deutlich aufgezählt sind, haben aber schon in sehr vielen Fällen die Absperrung des kulturellen Polen durch eine für den Schutz unserer Wirtschaft völlig überflüssige, ja für unsere kulturellen Interessen und unseren Ruf in der zivilisierten Welt geradezu schädliche „Chinesische Mauer“ der vollständigen Isolierung geführt. Die Fälle, da man unseren Sportlern für ihr sportliches Auftreten im Ausland keine Vergünstigungspässe ausstellen wollte, wobei sogar die Reisekosten von den ausländischen Veranstaltern bezahlt werden sollten, oder da man die Zuerkennung von ermäßigten Pässen an Teilnehmer wissenschaftlicher und kultureller internationaler Tagungen ablehnte, reden eine so eindringliche Sprache, daß deren Stimme entscheidend sein muß. Die verschärften und vollkommen oberflächlichen Beispiele des Waltens eines kalten und stummen Buchstabens der Vorschrift, der durch keine Erwägungen des diese Vorschrift anwendenden Beamten belebt wird, dürfen das kulturelle Leben Polens von dem internationalen kulturellen Verkehr nie und nimmer abtrennen.“

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

Mühle. Zu dem Kapital von 1000 Mark werden die nicht gezahlten Zinsen aus der Zeit vom 1. Januar 1921 bis 30. Juni 1924 (falls Landgrundstück) oder bis 31. Dezember 1924 (falls Stadtgrundstück) zugeschlagen. Die sich dann ergebende Summe wird durch 0,81 geteilt; von der so errechneten Summe stellen 15 Prozent die Aufwertung dar, von welcher Summe die vereinbarten Zinsen laufend zu zahlen sind.

Juni 1933. Sie haben uns anscheinend falsch verstanden. Der Zahlungsbefehl unterbricht die Verjährung natürlich nur, wenn er — nachdem der Gegner Widerspruch erhoben hat — im Prozeßwege weiter verfolgt wird. Da Sie bei Einreichung des Zahlungsbefehls nur 1/5 der Grundprozeßgebühr bezahlt haben, werden heute durchaus zu Recht die restlichen 4/5 von Ihnen gefordert; auch die genannte Summe dürfte stimmen. Sie müssen die Gerichtskosten bezahlen, andernfalls wird die Sache vom Gericht niedergeschlagen und die Verjährung ist nicht unterbrochen.

Grucząo 100. Da Sie nicht alle Fragen beantwortet haben, können wir Ihnen die Summe nicht angeben, sondern können Ihnen nur sagen, wie Sie diese errechnen können. — Zu dem Kapital von 1500 Mark schlagen Sie die Zinsen für 5 Vierteljahre hinzu (falls 5 Prozent im Grundbuch eingetragen sein sollten, also 93,75 Mark). Die so erreichte Summe in Mark wird durch 4,20 geteilt (von 1593,75 sind es 379,46), womit Sie den Gegenwert in Złoty errechnet haben. 15 Prozent von der errechneten Summe stellen die Aufwertung dar, die Sie zu zahlen haben (in unserem Beispiel 56,92 Złoty), und von der die unverjährten Zinsen vom 1. 1. 29—30. 6. 33 (in unserem Beispiel 12,81 Złoty) zu zahlen sind. — Wenn Ihr Gläubiger eine Privatperson ist, brauchen Sie die Hypothek nicht vor dem 1. Oktober 1934 zurückzuzahlen, vorausgesetzt, daß Sie regelmäßig die laufenden Zinsen zahlen.

W. P. 6. Das amtliche Verzeichnis aller Ortschaften der Republik Polen kennt nur die von Ihnen schon erwähnte Ortschaft. — Vielleicht wenden Sie sich zur Sicherheit auch an das katholische Pfarramt?

Auslösung. 1. Wenn Sie zur Abgabe einer Einkommensteuererklärung verpflichtet waren und diese trotzdem unterließen und eine fällige Steuersumme nicht rechtzeitig zahlten, ist gegen Strafe und Zinsen nichts zu machen. 2. Diese Frage beantworten wir Ihnen im Juli.

W. 100. Wenn die Hypotheken unter 1 und 2 gelöscht werden, rückt die unter 3 automatisch an die erste Stelle. Man kann diese unerwünschte Entwicklung vermeiden, wenn man die Hypotheken nicht löschen sondern notariell zedieren läßt. Da die Aufwertungssummen beider Hypotheken aber sehr gering sind, hat diese Methode für Sie auch keinen Sinn. Wir raten Ihnen, sich mit der ganzen Sache vertrauensvoll an die Genossenschaft Industria Sp. z o. o., Tczew, ul. Lipowa 5/6, zu wenden. — Eine Kündigung des Patents ist nicht nötig. Sie lösen im kommenden Dezember einfach das für Ihren umgestellten Betrieb erforderliche Patent.

B. 100. Wir können uns bestimmt daran erinnern, daß wir eine Anfrage von Ihnen beantwortet haben; wenn wir uns recht besinnen, handelte es sich um eine Mietssache. Es kann sein, daß die Auskunft durch ein Versehen oder einen Druckfehler unter einem anderen Kennzeichen erschienen ist. Senden Sie uns, bitte, die Anfrage noch einmal zu, Sie erhalten dann ohne Verzug Bescheid.

Ernst Sch. in W. 1. Sie können in der Sache nichts tun. Der alte Mann ist in seinen Entschlüssen vollständig unbeschränkt, er kann das Testament jederzeit widerrufen, es abändern usw. Dagegen ist nichts zu machen. 2. Auch dagegen ist nichts zu machen, wenn ein mündlich gegebenes Versprechen nachträglich nicht gehalten wird. Gegen nachträgliche Enttäuschungen kann man sich nur durch vorherige schriftliche oder, wenn notwendig, notarielle Abmachungen sichern.

„Barbara." Die beiden Nummern der Anleiheablösungsschuld sind bisher noch nicht gezogen worden.

3. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 148.

Bromberg, Sonntag den 2. Juli 1933.

Die Erhaltung der deutschen Familie.

Reichsinnenminister Dr. Frick über Bevölkerungspolitik.

Am Mittwoch hielt im Reichsministerium des Innern bei der ersten Sitzung des Sachverständigenbeirats für Bevölkerungs- und Rassenfragen **Reichsminister Dr. Frick** eine große grundlegende Rede, in der er in erster Linie die Notwendigkeit unterstrich, die deutsche Familie zu erhalten und **dem Geburtenrückgang wirksam entgegenzutreten.**

Es sei, so führte der Minister aus, ein schwerer Fehler, zu glauben, daß mit der Beseitigung der uns drohenden politischen Gefahren die Hauptaufgabe gelöst sei. Die schwierigste Aufgabe, nämlich den kulturellen und völkischen Niedergang aufzuhalten, sei noch zu lösen. Deutschland habe nach dem Kriege

den bedrohlichsten Ausfall an Geburten

zu verzeichnen gehabt. Der Rückgang der Sterblichkeit reiche nicht mehr aus, um die Erhaltung des Bevölkerungsstandes zu sichern. Der geringe Geburtenüberschuß der ländlichen Gemeinden ersetze nicht den Verlust in den Städten. Während Deutschland um die Jahrhundertwende noch etwa 2 Millionen Geburten im Jahre gehabt hätte, seien es heute noch rund 975 000. Von etwa 36 Lebendgeborene auf 1000 um das Jahr 1900 sei diese Zahl auf etwa 15 im Jahre 1932 abgesunken.

Der liberalistische Geist habe die deutsche Seele vergiftet, den Sinn für das Familienleben und den Willen zum Kinde getötet. Hinzu komme die Umgestaltung des heutigen Familienlebens. Mann und Frau gingen zur Arbeit, der Mann sehe vielfach heute in seiner Frau nur den Lebenskameraden, aber nicht mehr die Mutter seiner Kinder. Der Minister führte dann wörtlich aus:

„Während wir durch diesen Rückgang an Zahl und Beschaffenheit unseres Volkes unsere Behauptungsmöglichkeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Sozialpolitik, der Wehrfähigkeit dauernd verringern, haben

unsere Nachbarn im Osten etwa die doppelte Gebärkraft und Lebendgeborenenzahl.

Die Abwanderung von dem Lande in die Städte, aus dem Osten nach dem Westen hat bereits in einigen Landkreisen des Ostens zu einem merklichen Bevölkerungsrückgang geführt, so daß trotz der vorhandenen Arbeitslosigkeit die Gefahr der Zuwanderung von Fremdstämmigen im Osten besteht. In Berlin allein sind im Jahre 1930 etwa 4000 Zugewanderte aus dem Osten eingebürgert, von denen die meisten fremdstämmig, zum großen Teil Ostjuden waren."

Die wissenschaftlich begründete Vererbungslehre gebe dem Staat das Recht und die sittliche Pflicht, schwer erbkranke Personen von der Fortpflanzung auszuschalten. Infolgedessen habe er sich entschlossen, einen

Gesetzentwurf zur Verhütung des erbkranken Nachwuchses

vorzulegen. Für die Belastung durch die Fürsorge für Minderwertige und Asoziale gab der Minister interessante Zahlen: Es koste der Geisteskranke etwa 4 Rmk. den Tag, der Verbrecher 3,50 Rmk., der Krüppel und Taubstumme 5 bis 6 Rmk. den Tag, während der ungelernte Arbeiter nur etwa 2,51 Rmk., der Angestellte 3,60 Rmk., der untere Beamte etwa 4 Rmk den Tag zur Verfügung hätten.

Man behandle heute steuertechnisch die Eltern mit Kind schlechter als diejenigen, die nur sich selber zu erhalten hätten. Nur die äußerste Einschränkung ermögliche es dem kinderreichen Familienvater, seinen Haushalt aufrechtzuerhalten. Wenn heute Millionen von Müttern arbeiten gingen, nur weil sie den Ernährungsspielraum vergrößern müßten, während unverheiratete männliche Arbeitslose aus öffentlichen Mitteln unterhalten würden, so sei es höchste Zeit, durch Familien-Lasten-Ausgleich Wandel zu schaffen.

Die Frau müsse wieder dem Ehe- und Familienleben, der Mann dem Beruf zugeführt werden.

Die vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen seien auf ihre etwaige familienfeindliche Wirksamkeit hin nachzuprüfen und müßten einer familienfreundlichen Gesetzgebung Platz machen. Der Minister nannte dann als Mittel den gestaffelten Steuernachlaß und eine wirksamere Abstufung der Besoldung der Beamten. Es müßte etwa ausgegangen werden von dem Gehalt, das ein Beamter zur Unterhaltung von drei bis vier Kindern benötige, um es je nach der Kinderzahl nach unten oder oben zu staffeln. Bei Angestellten und Lohnempfängern müßten Ausgleichskassen geschaffen werden, in die alle nach Maßgabe ihres Einkommens Beiträge zu zahlen hätten.

Der deutsche Bauernhof

sei zu allen Zeiten die Stelle gewesen, wo sich das deutsche Volk trotz Krieg und Seuchen immer wieder behauptet und nach einem Niedergang wieder aufgerichtet habe. Die Koppelung des besten deutschen Bluts mit dem deutschen Grund und Boden müsse darum mit allen Mitteln versucht werden. Der Boden müsse wieder Teil eines Familienrechts und unter staatlichen Schutz gestellt werden. Als Gegengabe aber müsse der nationalsozialistische Staat von den Herren dieses Bodens verlangen, daß sie ihm eine ausreichende Zahl gesunder Nachkommen zur Verfügung stellen. Daher müsse die Siedlung so gestaltet werden, daß eine ausreichende Kinderzahl durch steuerliche und erbrechtliche Bestimmungen gesichert wird.

Abschließend betonte Dr. Frick eindringlich, daß in erster Linie erzieherische Arbeit zur Stärkung des „Willens zum Kinde" notwendig sei. Durch Erneuerung des Denkens der Frau und durch Lösung der Frauenfrage müsse die Seele der Frau zum Kinde zurückfinden. Die Frau müsse aus ihrer wirtschaftlichen Not befreit und den Kindern ausreichender Schutz gewährt werden, während der Mann zur Pflicht der Familiengründung erzogen werden müsse. Die Aufklärung über Erbgesundheitspflege und Rassenkunde müsse zur rassenhygienischen Erziehung der Jugend und des ganzen Volkes ausgebaut werden.

„Eine übertriebene allzu lange wissenschaftliche Ausbildung ist der rechtzeitigen Familiengründung ebenso hinderlich wie die Übertreibung des Sports. Gerade die gebildete Schicht ist am meisten gefährdet, da die späte Familiengründung der Grund für Kinderlosigkeit, Krankheit und eine mißratene Ehe ist. Es muß wieder als Pflicht der gebildeten Jugend angesehen werden, sich des Wertes der deutschen Erbverfassung bewußt zu sein, Rassenreinheit zu bewahren und durch geeignete Gattenwahl eine höhere Entwicklung der eigenen Art und Familie anzustreben. Mischehen mit Fremdrassigen müssen als das gekennzeichnet werden, was sie sind, nämlich der Grund für geistige und seelische Entartung wie für die Entfremdung dem eigenen Volke gegenüber. Ich sehe es als die größte Aufgabe und Pflicht der Regierung der nationalen Revolution an, die Aufartung und Bestandserhaltung unseres deutschen Volkes im Herzen Europas zu gewährleisten." —

Der Zusammenbruch der Parteien im Reich.

Hugenbergs Abgang.

Die zweite Phase der Revolution eilt mit dem Abgang Hugenbergs ihrem Höhepunkte zu. Es gab für das Streben nach „Totalität" kein ernsteres Hindernis als ihn, den am 30. Januar noch unentbehrlichen Bundesgenossen. Die schiedlich-friedliche Art, in der diese Hürde genommen wurde, bedeutet für den Fortgang der Revolution einen großen Erfolg.

Wenn man die Blätter und Blättchen der Emigranten liest — sie haben gar nichts hinzu gelernt! — möchte man meinen, in Deutschland schlüge die eine Hälfte des Volkes die andere tot, um herrschen zu können. Aber auch wohlwollendere Beobachter des Auslandes haben noch immer keinen glücklicheren Standort für die Beurteilung der deutschen Entwicklung gefunden. Sie meinen,

es würde ein bißchen viel auf einmal geschluckt,

das schwerlich je ganz zu verdauen wäre. Gemach! Wer sich stets nur damit begnügt hat. die Welt und ihr Bild nach seinem Partei- und Weltanschauungsschema zurecht zu drehen, der wird freilich sich weigern müssen, anzuerkennen, daß das, was jetzt in Deutschland vor sich geht,

viel weniger eine Eroberung oder Gleichschaltung der Parteien als ihr Zusammenbruch

ist. Sie waren samt und sonders morsch bis in die Knochen. Auch wenn Hitler 1933 es nicht geschafft hätte, so wären die Parteien doch auf lange Sicht verloren gewesen, denn die Jugend war ihnen schon längst entlaufen.

Die Nationalsozialistische Partei ist die einzige wirkliche Nachkriegspartei. Sie ist vor dem Kriege nicht denkbar. Alle anderen Parteien, welche die deutschen Parlamente in wechselnder Stärke nach dem Jahre 1918 beherbergten, sind zwar praktisch fast alle Gründungen der Nachkriegszeit, aber ihre Sammlungs- und Kampfparolen stammen fast ausnahmslos aus der Zeit vor dem Kriege. Der Apparat und die Führung dieser Parteien befand sich

in den Händen der Vorkriegs-Generation;

weder die Kriegs- noch die Nachkriegs-Generationen waren maßgebend beteiligt. Erst spät — nach dem Tode Stresemanns — drang die sogenannte Frontgeneration in leitende politische Stellungen des Parteigetriebes vor, aber sie vermochten, vereinzelt wie sie waren, nur die Rolle des Sauerteiges zu spielen. In dem Bestreben, die alten Parteigrenzen zu sprengen, schufen sie zwar kaum neue Partien, wohl aber lockerten sie das Gefüge der alten Parteien mehr und mehr auf und vermittelten auf diese Weise der Wählerschaft das Gefühl von der

Brüchigkeit des alten Parteigefüges.

Die Unzufriedenheit mit den Parteien wuchs, die Parteiverdrossenheit nahm von Jahr zu Jahr zu. Aber einen Ausweg wußte man nicht. Er war erst gefunden, als die Hitlerbewegung so mächtig anzuschwellen begann. Die Jugend, die Nachkriegsjahrgänge, versammelten sich um das Hakenkreuz und zogen die Älteren nach sich. Damit war es um die Parteien geschehen. Alles andere war nur noch eine Frage der Zeit. Hier wurde zum ersten Male die Hoffnung sichtbar, daß die Bestrebungen zur Überwindung der alten Parteien nicht in einer oder mehreren Parteien stecken blieben.

Von den alten Parteien war die Jugend mit Recht enttäuscht. Die Zustände, aus denen sie entstanden waren, waren mit dem Jahre 1918 versunken. Die Jugend kannte sie gar nicht mehr. Sie verstand weder, vor allem in den ersten Jahren des vorigen Jahrzehntes, warum die in der Macht befindliche Linke immer noch in einer Art Oppositionsstellung gegen das nicht mehr vorhandene Kaiserreich stand und den Staat, als wäre es nicht ihrer, nur als eine große Domäne für Brandschatzungen betrachtete. Sie sah mehr und mehr an der Rechten die Fehler, die vor 1914 die Entstehung des Marxismus, der sich außerhalb der Nation stellte, mitverschuldet hatten. Sie sieht heute im Nationalsozialismus den geschichtlich höchst bedeutsamen Versuch, diese verhängnisvolle Zerreißung der Nation in zwei Teile zu überwinden.

Die ideelle und moralische Kraft der Hitlerbewegung hat die alten Parteien längst innerlich ausgehöhlt.

Nur der Besitz der staatlichen Machtmittel, ihr Einsatz für Parteizwecke hat vor allem die Linke und die Mitte vor rascherer Aufreibung geschützt. Wäre anders die große Schwäche möglich gewesen, die alle Parteien nach dem 30. Januar, vor allem aber nach den Reichstagswahlen vom 5. März, zeigten? Diese deutlich fühlbare Schwäche mußte die vorwärts dringende Kraft der nationalsozialistischen Revolution auf sich ziehen. Anders ist der Zusammenbruch der Sozialdemokraten z. B. überhaupt nicht erklärbar. Wäre gerade diese Partei nicht auch innerlich und moralisch am Ende gewesen, mit Gewalt hätte es der Nationalsozialismus nicht geschafft.

Für den inneren Zwang dieser Entwicklung gibt es kein besseres Beispiel als den Entschluß Hugenbergs, den Weg freizugeben

für die völlige politische Vereinheitlichung des deutschen Volkes. Gewiß ist dieser Entschluß unter dem Drucke der Entwicklung erfolgt, unter dem Zwange einer inneren Notwendigkeit, aber doch in voller Freiheit. Theoretisch hätte man sich wohl vorstellen können, daß ein Führer der Deutschnationalen Mittel und Wege zum Widerstande gefunden hätte. Er hat sie verschmäht. Das ist um so mehr anzuerkennen, als die Kundgebungen des Ministers Hugenberg seit dem 30. Januar d. J. stets eine geradezu tragische Verkennung seiner Lage an der Stirne trugen. Er pochte, um seine Anhänger zu beruhigen und bei der Stange zu halten. stets auf seinen Koalitionsvertrag, der ihm volle Gleichberechtigung zusicherte. Hatte er noch ein Recht darauf? Dem Buchstaben nach gewiß, aber er durfte doch nicht übersehen, daß gerade er seinen Kampf gegen die Parteien als solche gekämpft hatte und daß es — jetzt, am Ziele — galt. über den eigenen Schatten zu springen. Er betrachtete sich aber an der Spitze der beiden Wirtschaftsressorts im Reiche und in Preußen nicht nur als Fachminister, sondern auch als Parteiführer in einer Regierungskoalition. Er stand sich gewissermaßen selber im Wege. Durch die Zwischenfälle der letzten vierzehn Tage und den Widerstand, den Hugenberg für seine Person leistete, begann auch wieder der alte Riß zu klaffen zwischen den Anschauungen der Nationalsozialisten und dem mächtigen Wirtschaftsminister des Reichskabinetts, der gerade auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet einfach auf die Dauer nicht zu überbrücken war. Jetzt mußte der Entschluß gefaßt werden, mit dem der Stahlhelmführer Seldte vorausgegangen war. Es ist ein Friede geschlossen und nicht eine Unterwerfung unterzeichnet worden. Das ist die beste Gewähr dafür, daß das Ziel Adolf Hitlers: eine weltanschaulich geschlossene Nation nicht auf immer dadurch zerstört wird, daß am Beginn dieser Entwicklung sich die Nation in Sieger und Besiegte schied.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Wirtschaft der Woche.

Der Kampf um die internationale Währungsstabilisierung.

Trübe Nachrichten von der Londoner Weltwirtschaftskonferenz.

Mit müder Resignation verfolgt man die Nachrichten aus London, von wo ergebnislose Verhandlungen gemeldet werden. Der bisherige Verlauf der Londoner Konferenz, wo das Schicksal der Weltwirtschaft zur Entscheidung steht, ist höchst unbefriedigend, weil man keinerlei praktische Arbeit sieht. Es scheint, daß der psychologische Boden für einen Konferenzerfolg fehlt, weil die Staaten sich nicht für die Konferenz vorbereitet haben, sondern gegen sie. Schnell und noch in letzter Minute wurden zahlreiche Zollerhöhungen vorgenommen, um ja nicht durch einen etwaigen Londoner Konferenzbeschluß irgendeinem anderen Land irgendeinen Vorteil einräumen zu müssen. Die Staatsmänner sind nach London gegangen, nicht um Opfer zu bringen, sondern in der Hoffnung, jeder vom anderen Opfer zu erreichen. Selbst aber will keiner von den Interessen seines Landes etwas opfern, jeder will nur Vorteile nach Hause bringen. Und so spricht denn die Konferenz über alle möglichen Fragen, wie Rückkehr zum Goldstandard, Abbau der Zölle um 10 Prozent, Beseitigung von Handelshindernissen, statt das Grundübel aus der Welt zu schaffen: die internationale Zahlungsunfähigkeit.

Die Welt ist namentlich über Roosevelt enttäuscht, der eine Stabilisierung des Dollars nicht duldet. Vom amerikanischen Standpunkt kann man das verstehen. Roosevelt hat ein bisher noch nicht dagewesenes Experiment mit dem Dollar vorgenommen und bis heute scheint das Experiment auf der ganzen Linie gelungen. Amerika bucht mit der Dollarentwertung bedeutende Erfolge. Im letzten Quartal stieg in USA die Stahlproduktion von der niedrigsten Kapazität per 20 Prozent auf 50 Prozent und hat damit einen Stand erreicht, der seit Ende des noch guten Jahres 1930 nicht erreicht war. Die Waggonbestellungen sind um 10 Prozent gestiegen. Die Stromerzeugung hatte in der Krise gegen den Höchststand insgesamt 30 Prozent eingebüßt. Von diesen 30 Prozent sind 13 Prozent in den letzten beiden Jahren verlorengegangen. In den letzten zwei Monaten wurden 5 Prozent aufgeholt. Der Lebensmittelindex im Kleinhandel ist um 7 Prozent gestiegen, trotz Devalvation des Dollars um 20 Prozent. Die gesamten Lebenshaltungskosten (inkl. fixe Kosten wie Mieten, Polizen usw.) sind um 3 Prozent gestiegen, die Landwirte werden wieder gesund, können ihre Hypothekarzinsen bezahlen, die Hypotheken bekommen wiederum Wert, woran die Banken gesunden. Weizen ist von 45 auf 75 gestiegen. Die Konkurse sind im Fallen begriffen. Die Rekontruction Financial Corporation hat in den letzten zwei Monaten nicht mehr sanierend eingreifen müssen, man hat ihre Kredite nicht mehr in Anspruch genommen, mit Ausnahme von 50 Millionen Dollar, die zur Finanzierung von Getreidekäufen nach China gingen.

Das ganze Experiment beruht darauf, daß man die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes wesentlich beschleunigt hat. Man hat ein gewisses Vertrauen zur Wirtschaft und Mißtrauen zur Banknote in die Welt gesetzt. Die Folge davon ist, daß Amerika seit Monaten einen ununterbrochen fallenden Notenumlauf hat. Nicht eine einzige Note wurde gedruckt. Die ganze amerikanische Inflation steht auf dem Papier, besteht aus Ermächtigungen. Man hat Noten nicht gedruckt, sondern hat gehamsterte Noten in einen geschwinden Umlauf gesetzt. Die Beschleunigung der Umlaufsgeschwindigkeit hat genügt, die Volkswirtschaft anzukurbeln. Also wird man es begreiflich finden, daß Roosevelt durch die Londoner Konferenz, von der er nicht viel erwarten kann, sein Experiment sich nicht stören läßt. Im Gegenteil: in London sind starke Strömungen zugunsten dieses Experimentes auch in anderen Ländern zu beobachten. Die Staaten, die bisher orthodox geleitet wurden, stehen wirtschaftlich unter schwerstem Druck.

Die Lehre für uns? In den maßgebenden polnischen Wirtschafts- und Finanzkreisen besteht nach wie vor der feste Wille zur unbedingten Aufrechterhaltung des Goldstandards für den Złoty und diese Tendenz hat gerade durch die letzten Nachrichten aus London, wonach die europäischen Goldstandardländer Festhalten am Goldstandard beschlossen haben, eine Befestigung erfahren. Polen will wie bisher den Kampf gegen die Krise unter dem Motto: „Stabilität des Złoty um jeden Preis" führen, da es in der Wertbeständigkeit der Währung das Grundelement der wirtschaftlichen Konsolidierung erblickt. Trotzdem die Geldnot heute horrend ist, gegenwärtig auf ein Haus auch in erster Hypothek Geld zu bekommen geradezu unmöglich ist, der Kaufmann keine Kredite findet, die Wirtschaft am Weißbluten ist, lehnt die Bank Polski jede Krediterweiterung ab, die seit den Herbstmonaten des vergangenen Jahres Gegenstand der eifrigsten Diskussionen bildet. Die Entwicklung des Status der Notenbank im ersten Halbjahr bedeutet die stärkste Absage an alle Krediterweiterungsmaßnahmen und ist ein Ausdruck der bisher befolgten Deflationspolitik, die bis heute sich — rein währungstechnisch betrachtet — sicherlich bewährt hat. Die Notenbankleitung weist darauf hin, daß jede Krediterweiterung, jeder Eingriff in die Kontraktion des Umlaufes als inflationistische Maßnahme gewirkt und der Beschäftigung unserer Wirtschaft keine wirkliche Hilfe gebracht hätte.

Polen will daher auch in der Folge alle Maßnahmen ablehnen, die Inflationsabsichten verraten könnten, die Bank Polski stellt sich die Aufgabe, wie bisher die Währung um jeden Preis zu schützen. Sie lehnt alle Experimente ab, die die Stabilität des Złoty auf eine ernste Belastungsprobe stellen würden. Denn jeder Versuch eines Abgehens vom Goldstandard, um so der schwer stöhnenden Wirtschaft eine fühlbare Erleichterung zu verschaffen, würde bestenfalls nur vorübergehend eine Linderung bringen. Eine Herabsetzung des Złotywertes könnte der Exportwirtschaft keine dauernden Vorteile bringen, schon aus dem Grunde nicht, weil bei den gegenwärtigen anormalen Verhältnissen des Warenaustausches die Durchschlagskraft eines valutarischen Dumpings, das jede Geldabwertung zwangsläufig mit sich bringt, angesichts der unaufhörlichen Erlassung neuer Einfuhrverbote, der fortschreitenden Devisenreglementierung und der Errichtung neuer Zollmauern immer problematischer bleibt. Augenblicksvorteile einer solchen Exportprämie würden im Endeffekt zum großen Teile dadurch paralysiert werden, daß auch andere Staaten sich zum Abgehen vom Goldstandard entschließen könnten. Wiederum vom Standpunkt der innerwirtschaftlichen Verhältnisse betrachtet, würde eine Złotyabwertung einen neuerlichen harten Stoß der inneren Kapitalsbildung versetzen.

Dieses — unserer Ansicht nach richtige — Festhalten an der bisher befolgten orthodoxen Währungspolitik darf aber kein Hindernis für eine Krediterweiterung in vernünftigen Grenzen sein, deren Zweck darin liegen muß, die Krise endgiltig zu überwinden. Geht man davon aus, daß wir — allen Anzeichen nach — in das Endstadium der Depression eingetreten sind, so müssen von innen heraus die Vorbedingungen für eine endgiltige Liquidierung der Krise geschaffen werden, als deren wichtigste wir einen flüssigen Geld- und Kapitalmarkt ansehen. Es handelt sich darum, durch geeignete Kreditmaßnahmen die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes zu beschleunigen, deren Verlangsamung und Stockung die wahre Ursache der Geldkrise auch bei uns ist. Wir möchten hier nur ein Beispiel anführen. Die Staatslieferanten klagen darüber, daß die Zahlungen seitens der Staatskassen allzu langsam eingehen. Uns sind Fälle bekannt, in denen Lieferanten, die mehrere Millionen Forderungen an den Staat haben und sie nicht einkassieren können, nicht einmal Kredite von 100 000 Złoty erhalten können. Die Steuern gehen langsamer ein, die Lieferanten dieser Lieferanten werden immobil, die Bankschulden dieser letzten Hand bei den Instituten sind auch nicht einbringlich und diese Institute können infolgedessen die Kredite nicht weitergeben. Wenn man solche Blocks in Bewegung setzen würde, könnte dies allein auf diesem Gebiete eine Belebung bedeuten, die sich auf allen Gebieten bald bemerkbar machen würde.

Übrigens lehrt die Erfahrung, daß mit einer Krediterweiterung keineswegs eine Vergrößerung des Umlaufes verbunden sein muß, denn wenn es sich um wirtschaftlich fundierte Kredite handelt, welche den Geldumlauf beschleunigen, dann wird der Umlauf bald wieder zu sinken beginnen. Diese Erfahrung hat man nicht nur in England sondern auch in den USA gemacht. Die Verteidiger einer strikten Notenbankpolitik dürfen sich nicht damit begnügen, zu sagen, daß keine Möglichkeiten der Krediterweiterung bestehen, sondern wesentlich ist, daß man diese Möglichkeiten aufsucht und diejenigen herausgreift, die wirtschaftlich gesund und zweckmäßig sind. Was nun die eventuell entstehende Nervosität der Bevölkerung im Falle der Verwirklichung der Krediterweiterung anlangt, so müssen wir auch hier auf das Beispiel anderer Länder hinweisen, in denen diese Erweiterung schon im weitesten Maße durchgeführt worden ist, ohne daß es zu Weiterungen gekommen wäre. Man muß dem Volke nur klar machen, daß keine Inflation vorliegt, man muß ihm beweisen, daß wir den Złoty fest in der Hand haben und nicht gewillt sind, den Goldkurs des Złoty zu verlassen, und die Nervosität wird in kurzer Zeit verschwinden.

Dr. F. S.

Das Schicksal der Goldwährungen.

Von **Ferdinand Fried.**

Die Weltwirtschaftskonferenz hat positive Ergebnisse bisher noch nicht gebracht, umsomehr allerdings das einzige negative Ergebnis, daß das geplante Währungsabkommen zwischen Dollar, Pfund und Franken nicht zustande kam und daß damit das weitere Schicksal der Goldwährungen an sich besiegelt zu sein scheint.

Die Diskussion bewegte sich zunächst in der Hauptsache um den Dollar. Es kam dabei nicht nur Frankreich, sondern England darauf an, **den Dollar in ein bestimmtes Wertverhältnis zum Pfund zu bringen;** diese Vereinbarung scheiterte nur an dem Widerstand Amerikas. Allerdings vermutet man in den Kreisen der City, daß trotzdem eine geheime Abmachung zwischen den Notenbankleitern getroffen worden sei, die auf eine Stützung des Dollars gegenüber dem Pfund hinziele, die aber nicht öffentlich bekannt werden soll. Diesen Gerüchten steht die Schwankung des Dollarkurses von den letzten Tagen gegenüber, die besonders heftig war. Der Dollar ist in den letzten Tagen gegenüber dem französischen Franken als einzige Goldwährung und Wertmesser gegenüber der Parität mit 20,4 auf den tiefsten Stand heruntergegangen, umgerechnet beträgt dann die Abwertung des Dollars noch über 20 Prozent. Es ist wohl nach allen aus Amerika vorliegenden Äußerungen damit zu rechnen, daß man noch ein weiteres Disagio herbeiführen will. Das Pfund ist demgegenüber relativ etwas fester gewesen, bewegt sich aber immer um eine Entwertung gegenüber der Parität von etwa 30 Prozent.

Wenn man die Wirkungen allgemein wirtschaftspolitischer Art in Rechnung stellt, die mit einer solchen Entwertung verbunden sind, so darf man wohl annehmen, daß es die amerikanische Währungspolitik darauf anlegt, noch unter das Disagio des Pfundes herunterzugehen, weil dann gerade gegenüber England als Konkurrenten die Vorteile praktisch greifbar werden. Nach dem einzig feststehenden Ergebnis, daß eine Stabilisierung des Dollars und eine Wiederherstellung der Goldwährung vorläufig nicht in Frage kommt, wird auch das Problem sämtlicher anderer Goldwährungen aufgerollt. Praktische Konsequenzen hat schon ein kleines Land wie Estland daraus gezogen, in dem es den Goldstandard aufgab.

Die interessante Diskussion entwickelte sich aber im Anschluß an alle diese Vorgänge

um den holländischen Gulden.

Ausgangspunkt dieser Diskussion war eine Rede von Sir Henry Deterding, womit er dringend ein Abgehen Hollands vom Goldstandard und eine Entwertung des Guldens empfahl. Bei dem bekannten Interesse Deterdings war diese Art wirtschaftspolitisch und nicht finanzpolitisch bestimmt, das heißt, er bezog sich in allererster Linie auf die reinen Wirtschafts- und Rohstoffinteressen von Niederländisch-Indien, während andererseits die lediglich finanzpolitisch orientierten Kreise, vorwiegend in Amsterdam, unbedingt an der Goldwährung festhalten wollten. Seitens der holländischen Notenbank und der holländischen Bankenwelt erfolgte auch prompt ein recht energisches Dementi, das man allerdings höher bewerten muß als die Dementis von Wallstreet und der Newyorker Hochfinanz, bevor Amerika den Golddollar fallen ließ. Die wirtschaftlichen Interessen des Landes verlangen auch hier unbedingt eine Abwertung des Guldens gegenüber der bereits erfolgten Abwertung der Konferenzländer Amerika und England, vor allem aber des Konferenzlandes Japan. Bezeichnend ist, daß schon die bloße Diskussion um den holländischen Gulden einen schweren **Kurssturz an den japanischen Börsen ausgelöst hat,** weil man in Japan wohl ermißt, daß der gewaltige Vorsprung Japans gegenüber Niederländisch-Indien damit aufgehoben wurde. Praktisch dürfte sich die Entwicklung ähnlich vollziehen wie in England und Japan. Selbst wenn heute von der holländischen Notenbank betont wird, daß man nicht daran denke, vom Goldstandard abzugehen und auf die gewaltigen Goldbestände als Reserve hinweisen wird, so kann die Entwicklung in den wenigen Wochen auch diese Goldbestände derartig angreifen, daß sich die Situation entscheidend ändern wird. Schon die Tatsache, daß die Diskussion um den Gulden begonnen hat, hat das internationale Kapital auch an dieser Stelle in Bewegung gesetzt und damit die Gefahr eines anhaltenden Goldabflusses heraufbeschworen.

Während man also mit einer Abwertung des Guldens immerhin rechnen muß, dürfte allerdings die sonst mit Holland immer verglichene

Schweiz

vorläufig noch zäher an der Goldwährung festzuhalten versuchen. Die Schweiz ist jeweilig Kapitalvermittlerland und verfügt nicht über die entscheidenden lebenswichtigen Kolonialinteressen Hollands. Damit aber würde sich die Schweiz währungspolitisch nur noch enger an Frankreich anschließen, ebenso wie wahrscheinlich auch Belgien.

Frankreich selbst wird unter keinen Umständen vom Goldstandard abgehen.

Die Französische Regierung wird ein derartiges Experiment vor ihren Wählern nicht zu verantworten wagen. Die Exportinteressen sind auch hier nicht so lebenswichtig, es bildet sich hier immer mehr die „Autarkie" des französischen Kolonialreiches heraus. Ähnlich fest bleibt übrigens

Italien

auch bei der Goldwährung, wenn auch aus anderem Grunde als Frankreich. Im ganzen also ist es interessant, festzustellen, daß dann sämtliche Länder der ehemaligen lateinischen Münzunion den einzig verbleibenden Block der Frankengoldwährung bilden werden.

Allerdings ist dabei schon die Sonderrolle berücksichtigt, die

Deutschland

spielt, wenn es auch ferner an der Goldwährung festhält. Tatsächlich ist im Reich der strenge Mechanismus durch die verschiedenen Devisengesetze, durch die Stillhalteabkommen und neuerdings durch das Transfermoratorium durchbrochen. Es ist bemerkenswert, daß der Reichspräsident vor einiger Zeit das Transfermoratorium deutlich mit dem Hinweis darauf erklärte, es käme darauf an, die Deckungsbestände der Reichsbank wieder zu stärken, jetzt aber mit den langfristigen Anleihegläubigern vereinbart hat, daß in den kommenden sechs Monaten etwa zahlungsbilanzmäßig erzielte Devisenüberschüsse quotenmäßig auf die Zinsen der Anleihe verteilt werden sollen. In gewisser Hinsicht bedeutet dies ein Nachgeben gegenüber dem strengen Goldwährungsstandpunkt, nach welchem eine Anreicherung der Devisen- und Goldbestände in erster Linie zu erfolgen hätte. Tatsächlich erhebt sich ja auch angesichts der weiteren Entwicklung der Währungen, besonders nach einem Abgehen Hollands vom Goldstandard, immer brennender die Frage, wie sich demgegenüber die deutsche Währungspolitik verhalten wird. Es muß daran erinnert werden, daß schon die Abwertung des Pfundes dem deutschen Export einen ungeheuren Schlag versetzt hat, und daß die Auswirkungen der Dollarabwertung auf den deutschen Export ebenfalls in den nächsten Monaten spürbar werden. Gesellt sich nunmehr Holland zu denjenigen Ländern, die ihre Währung abwerten, so entsteht damit für den deutschen Export gerade im Überseegeschäft — und dies ist außerordentlich wichtig und zukunftsreich — eine neue und ganz entscheidende Konkurrenz, so daß die weitere Aufrechterhaltung des Geschäftes immer fraglicher wird. Es ist anzunehmen, daß Reichsbankpräsident Dr. Schacht nach seiner Rückkehr aus Holland und nach Abschluß seiner Verhandlungen mit den Auslandsgläubigern an diese wichtigen währungspolitischen Probleme herangehen wird und sich vor grundsätzliche Entscheidungen gestellt sieht.

Złoty statt Dollar.

Einer Meldung der halbamtlichen Iskra-Agentur zufolge haben in einer zwischen dem polnischen Verkehrsministerium und der Verwaltung der deutschen Reichseisenbahn abgehaltenen Konferenz die polnischen Vertreter vorgeschlagen, in anbetracht des unbeständigen Kurses des Dollars die Verrechnung im zwischenstaatlichen Verkehr nicht mehr nach dem Dollarkurs vorzunehmen, sondern hierbei den polnischen Złoty als Grundlage zu nehmen. Dieser Vorschlag wurde deutscherseits angenommen. Dem polnischen Verkehrsministerium gelang es ferner, auch von den sowjetrussischen zuständigen Stellen eine gleiche Zustimmung zu erhalten, so daß Polen auf diese Weise vor Kursverlusten geschützt ist.

Die Anwendung des Złoty als Grundlage bei internationalen Eisenbahnverrechnungen ist, wie die Iskra-Agentur hervorhebt, ein Beweis für das wachsende Vertrauen zur Festigkeit der polnischen Valuta.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 1. Juli auf 5,9244 Złoty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 6%, der Lombardsatz 7%.

Der Złoty am 30. Juni. Danzig: Ueberweisung 57,42—57,54, bar 57,46—57,58, Berlin: Ueberweisung 47,25—47,65, Wien: Ueberweisung 78,75, Prag: Ueberweisung 383,00, Paris: Ueberweisung 285,00, Zürich: Ueberweisung 58,05, London: Ueberweisung 30,18.

Warschauer Börse vom 30. Juni. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien 124,85, 125,16 — 124,54, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig 173,90, 174,33 — 173,47, Helsingfors —, Spanien —, Holland 357,50, 358,40 — 356,60, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 30,17, 30,32 — 30,02, Newyork 7,00, 7,04 — 6,96, Oslo —, Paris 35,09, 35,18 — 35,00, Prag —, Riga —, Sofia —, Stockholm 155,75, 156,50 — 155,00, Schweiz 172,15, 172,58 — 171,72, Tallin —, Wien —, Italien 47,10, 47,33 — 46,87.

Freihandelskurs der Reichsmark 211,56.

Berlin, 30. Juni. Amtl. Devisenkurse. Newyork 3,322—3,328, London 14,235—14,275, Holland 169,33—169,67, Norwegen 71,53 bis 71,67, Schweden 73,28—73,42, Belgien 58,94—59,07, Italien 22,23 bis 22,27, Frankreich 16,58—16,62, Schweiz 81,32—81,48, Prag 12,54 bis 12,56, Wien 46,95—47,05, Danzig 82,22—82,38, Warschau 47,40 bis 47,60.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 6,92 Zł., do. kl. Scheine —,— Zł., 1 Pfd. Sterling 30,00 Zł., 100 Schweizer Franken 171,47 Zł., 100 franz. Franken 34,95 Zł., 100 deutsche Mark 206,00 Zł., 100 Danziger Gulden 173,22 Zł., tschech. Krone —,— Zł., österr. Schilling —,— Zł., holländischer Gulden 356,10 Zł.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 30. Juni. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Złoty

Richtpreise:

Weizen	36.75—37.75	Raps	—.—
Roggen	19.50—19.75	Fabrikkartoffeln pro Kilo %	—.—
Mahlgerste 64—66 kg	15.75—16.25	Senf	52.00—58.00
Mahlgerste 68—69 kg	16.25—17.00	Blauer Mohn	—.—
Braugerste	—.—	Weizen- u. Roggenstroh, lose	—.—
Hafer	14.00—14.50	Weizen- u. Roggenstroh, gepreßt	—.—
Roggenmehl (65%)	30.50—31.50	Hafer- und Gerstenstroh, lose	—.—
Weizenmehl (65%)	56.00—58.00	Hafer- und Gerstenstroh, gepreßt	—.—
Weizenkleie	10.00—11.00	Heu, lose	—.—
Weizenkleie (grob)	11.25—12.50	Heu, gepreßt	—.—
Roggenkleie	11.75—12.50	Netzeheu, lose	—.—
Wicken	11.50—12.50	Netzeheu, gepreßt	—.—
Peluschken	11.00—12.00	Sonnenblumenkuchen 46—48%	—.—
Viktoriaerbsen	24.00—26.00		
Rübsen	—.—		
Blaue Lupinen	6.00—7.00		
Gelbe Lupinen	8.00—9.00		
Serradella	—.—		
Speisekartoffeln	—.—		

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 90 to, Weizen 25 to, Hafer 15 to, Roggenmehl 76,25 to, 17,5 to und 15 to.

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Roggen, Weizen, Roggen- und Weizenmehl fest, für Mahlgerste und Hafer ruhig.

Warschau, 30. Juni. Getreide, Mehl und Futtermittel-Abschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. Parität Waggon Warschau: Roggen I 21,50—22,00, Einheitsweizen 39,00 bis 40,00, Sammelweizen 38,00—39,00, Einheitshafer 16,00 bis 17,00, Sammelhafer 15,00—16,00, Grützgerste 18,00—18,50, Braugerste —,—, Speisefelderbsen 22,00—25,00, Viktoriaerbsen 30,00—36,00, Winterraps —,—, Rotklee ohne dicke Flachsseide 90,00—110,00, Rotklee ohne Flachsseide bis 97% gereinigt —,—, bis —,—, roher Weißklee —,—, roher Weißklee bis 97% gereinigt —,—, Luxus-Weizenmehl (45%) 1. Sorte 60,00 bis 65,00, Weizenmehl (65%) 1. Sorte 55,00—60,00, Weizenmehl 2. Sorte (20% nach Luxus-Weizenmehl) 50,00—55,00, Weizenmehl 3. Sorte 25,00—35,00, Roggenmehl I 34,00—35,00, Roggenmehl II 26,00 bis 27,00, Roggenmehl III 26,00—27,00, grobe Weizenkleie 13,00—13,50, mittlere 12,50—13,00, Roggenkleie 11,50—12,00, Leinkuchen 18,00—19,00, Rapskuchen 14,00—14,50, Sonnenblumenkuchen 15,50—16,00, doppelt gereinigte Serradella —,—, blaue Lupinen 7,50—8,00, gelbe 9,00—10,00, Peluschken —,—, Wicken 13,00—14,00.

Gesamtumsatz 1472 to, davon 766 to Roggen. Tendenz: anhaltend.

Marktbericht für Sämereien der Samengroßhandlung Wiesel & Co., Bromberg. Am 30. Juni notierte unverbindlich für Durchschnittsqualitäten per 100 Kg.: Rotklee 80—90, Weißklee 90—100, Schwedenklee 90—100, Gelbklee, enthülst 50—60, Gelbklee in Hülsen 30—35, Inkarnatklee 95—100, Wundklee 110—120, Engl. Raygras, hiesiges 18—20, Timothee 14—17, Serradella 8—9, Sommerwicken 10—12, Winterwicken (Vicia villosa) 55—60, Peluschken 11—12, Viktoriaerbsen 23—25, Felderbsen, kleine 20—22, Senf 50—60, Sommerrübsen 42—48, Winterraps 36—40, Buchweizen 15—18, Hanf 35—40, Leinsamen 28—32, Hirse —,—, Mohn, blau 100—120, Mohn, weiß 110—125, Lupinen, blau 6—7, Lupinen, gelb 7—8 zł.

Berliner Produktenbericht vom 30. Juni. Getreide- und Oelsaaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen, märk., 77—76 Kg. 187,00—189,00, Roggen märk., 72—73 Kg. 152,00 bis 154,00, Braugerste —,—, Futter- und Industriegerste 159,00 bis 166,00, Hafer, märk. 137,00—142,00, Mais —,—.

Für 100 Kg.: Weizenmehl 22,75—27,00, Roggenmehl 20,75—22,90, Weizenkleie 9,60—9,75, Roggenkleie 9,30—9,50, Raps —,—, Viktoriaerbsen 24,00—29,50, Kl. Speiseerbsen 20,00—22,00, Futtererbsen 13,50 bis 15,00, Peluschken 13,00—14,50, Ackerbohnen 13,00—14,50, Wicken 13,50—15,50, Lupinen, blaue 11,50—12,75, Lupinen, gelbe 14,50—15,75, Serradella, neue —,—, Leinkuchen 15,00, Trockenschnitzel 8,60, Soya-Extraktionsschrot loco Hamburg 12,80, loco Stettin 13,90, Kartoffelflocken 13,10—13,30.

Viehmarkt.

Posener Viehmarkt vom 30. Juni. (Amtl. Marktbericht der Preisnotierungskommission.)

Es wurden aufgetrieben: 6 Ochsen, — Bullen, 13 Kühe; zusammen 19 Rinder; 161 Kälber, 50 Schafe, 350 Schweine, 118 Ferkel; zusammen 698 Tiere.

Aus Anlaß des kleinen Aufgebots fanden keine Notierungen statt.

Berliner Viehmarkt vom 30. Juni. (Amtlicher Bericht der Preisnotierungskommission.)

Auftrieb: 2102 Rinder, darunter 335 Ochsen, 643 Bullen, 1124 Kühe und Färsen, 1497 Kälber, 8042 Schafe, — Ziegen, 8185 Schweine, — Auslandsschweine.

Die notierten Preise verstehen sich einschließlich Fracht, Gewichtsverlust, Risiko, Marktspesen und zulässigen Händlergewinn.

Man zahlte für 1 Pfund Lebendgewicht in Goldpfennigen:

Rinder: Ochsen: a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts (jüngere) 36, b) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts im Alter von 4 bis 7 Jahren 34—35, c) junge, fleischige nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 32—33, d) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 26—29. Bullen: a) vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwerts 30, b) vollfleischige jüngere höchsten Schlachtwerts 28—29, c) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 26—27, d) gering genährte 23—25. Kühe: a) jüngere, vollfleischige höchsten Schlachtwerts 27—28, b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete 24—26, c) fleischige 19—23, d) gering genährte 14—18. Färsen (Kalbinnen): a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts 32—33, b) vollfleischige 30—31, c) fleischige 27—28. Fresser: 18—23.

Kälber: a) Doppellender feinster Mast —,—, b) feinste Mastkälber 35—40, c) mittlere Mast- und beste Saugkälber 30—35, d) geringe Mast- und gute Saugkälber 24—28.

Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel: 1. Weidemast —, 2. Stallmast 28—29, b) mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel und gut genährte junge Schafe 1. —,—, 2. 21—22, c) fleischiges Schafvieh 18—20, d) gering genährtes Schafvieh 12—18.

Schweine: a) Fettschweine über 3 Ztr. Lebendgewicht 32—33, b) vollfleischige von 240—300 Pfd. Lebendgewicht 34—35, c) vollfleischige von 200—240 Pfd. Lebendgewicht 33—34, d) vollfleischige von 160—200 Pfd. Lebendgewicht 32—33, e) 120—160 Pfd. Lebendgewicht 30—31, f) Sauen 31—32.

Ziegen: —,—.

Marktverlauf: Rinder in guter Ware glatt, sonst ruhig; Kälber und Schafe ruhig; Schweine glatt.